

Gießener Beiträge zur Bildungsforschung

Barbara Dippelhofer-Stiem

Sebastian Dippelhofer

Hygienemaßnahmen, Maskenpflicht und
Tests in der Schule – Elektronische
Zuschriften von Eltern an den
Landeselternbeirat Baden-Württemberg.
Eine Inhaltsanalyse

Heft Nr. 27, Dezember 2021

Gießener Beiträge zur Bildungsforschung

Barbara Dippelhofer-Stiem

Sebastian Dippelhofer

Hygienemaßnahmen, Maskenpflicht und

Tests in der Schule – Elektronische

Zuschriften von Eltern an den

Landeselternbeirat Baden-Württemberg.

Eine Inhaltsanalyse

Heft Nr. 27, Dezember 2021

Die Autorinnen tragen die Verantwortung für den Inhalt.

Impressum:

Herausgeber:

Prof. Dr. Claudia von Aufschnaiter, Prof. Dr. Thomas Brüsemeister, PD Dr. Sebastian Dippelhofer, Prof. Dr. Marianne Friese, Prof. Dr. Sabine Maschke, Prof. Dr. Ingrid Miethe, Prof. Dr. Vadim Oswald, Dr. Alexander Schnarr, Prof. Dr. Ludwig Stecher

Geschäftsführende Herausgeber:

PD Dr. Sebastian Dippelhofer
Institut für Erziehungswissenschaft
Empirische Bildungsforschung
Karl-Glöckner-Straße 21B
35394 Gießen

E-Mail: Sebastian.Dippelhofer@erziehung.uni-giessen.de

Dr. Alexander Schnarr
Institut für Erziehungswissenschaft
Erziehungswissenschaft Fachgebiet Berufspädagogik/Arbeitslehre
Karl-Glöckner-Straße 21B
35394 Gießen

E-Mail: Alexander.Schnarr@erziehung.uni-giessen.de

Sämtliche Rechte verbleiben bei den Autoren.

Auflage: 50

ISSN: 2194-3729 (Internet)

Online verfügbar in der Giessener Elektronischen Bibliothek:

URN: urn:nbn:de:hebis:26-opus-162344

URL: <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2021/16234/>



Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	7
2	Ein Blick auf den Forschungsstand	9
3	Methodisches Vorgehen und Datengrundlage	14
4	Quantitative Auswertung	17
4.1	Die adressierten Instanzen	18
4.2	Die Themenbereiche	21
5	Fallbezogene Typenbildung	26
5.1	Typ 1: Ausgeprägte Emotionalität und kaum Sachhinweise	27
5.2	Typ 2: Ausgeprägte Emotionalität und Sachhinweise	30
5.3	Typ 3: Moderate Emotionalität und kaum Sachhinweise	32
5.4	Typ 4: Moderate Emotionalität und Sachhinweise	33
6	Zusammenfassung und Resümee	34
	Anmerkungen	39
	Literatur	41

1 Einführung

Seit jeher sind Gesellschaften mit Seuchen und deren gravierenden Gefahren für die Individuen wie für alle Bereiche des Zusammenlebens konfrontiert. Dies ging und geht stets einher mit der Suche nach den Ursachen sowie dem Erproben von Gegenmaßnahmen, die die Ausbreitung der Ansteckungen eindämmen sollen. Denn Epidemien und Pandemien bedrohen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung, behindern in hohem Grade die wirtschaftlichen Abläufe, stören die Infrastruktur und Versorgungslage, unterbinden die kulturellen Aktivitäten, beschädigen die Wertvorstellungen der Menschen und bedrohen nicht zuletzt das politische System. Insbesondere das Wüten der Pest im Europa des 14. Jahrhunderts, die schätzungsweise einem Drittel der damaligen Bevölkerung den Tod brachte und zu erheblichen Verwerfungen der sozialen Ordnung führte, haben sich tief in das kollektive Gedächtnis eingebrannt (vgl. Bergdolt 1994). Die Suche nach den Ursachen der Infektionen war stets mühselig und strittig, begleitet von hitzigen Kontroversen zwischen den Verantwortlichen und entsprechend erwies sich die Bekämpfung als schwierig. Doch schon das Mittelalter setzte zur Abwehr der Pest auf regionale Abschottung, strenge Isolation bzw. Quarantäne der Erkrankten, aber auch auf schriftliche Dokumente, mit deren Hilfe gesunde bzw. gesunde Reisende ihre Fahrt fortsetzen konnten. In vergleichbarer Weise und begleitet von oft konflikthaften Auseinandersetzungen wurden andere Krankheiten, wie Pocken oder Cholera, später die Tuberkulose, bekämpft, denn auch sie forderten immer wieder einen hohen Tribut.

Im Zuge der Aufklärung und mit dem Aufstieg der Naturwissenschaften als akademische Disziplin gewann zur Mitte des 17. Jahrhunderts die Erkenntnis Befürworter, dass die *systematische* Beobachtung des Geschehens vonnöten sei. Nicht zuletzt trugen die gesellschaftlichen Verwerfungen durch die Industrialisierung, mit ihren unhygienischen Massenquartieren in den Städten und der Verelendung der Arbeiterschaft zu dieser Einsicht bei. Unterstützt vom Parlament kam England die Vorreiterrolle zu, mit eigens gegründeten Ämtern für Statistik, die später den Weg für die Sozialepidemiologie in Europa bereiteten (vgl. Dippelhofer-Stiem 2008). Seit dem 19. Jahrhundert wuchsen die medizinischen Erkenntnisse nahezu explosionsartig, und mit ihnen die praktischen Möglichkeiten der Seuchenbekämpfung. Diese aber waren – den früheren wie den heutigen Zeiten verblüffend ähnlich – keineswegs konsensual und führten einmal mehr zu heftigen Disputen zwischen den Protagonisten aus Wissenschaft und Politik; Evans (1996) schildert dies eindrücklich am Beispiel des Auftretens der Cholera in Hamburg. Inzwischen wird das Vorgehen gegen hoch ansteckende Leiden nunmehr als weltum-

spannende Aufgabe begriffen. Und dennoch ist es, von wenigen Ausnahmen wie den Pocken abgesehen, nicht gelungen, Pandemien zu verhindern. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat immer wieder entsprechende Warnungen verlautbart und unter anderem die Gefahren, die aus neuen Virusvarianten entstehen, vor Augen geführt. Selbst in den reichen Industrieländern sind solche Hinweise indes meist verhallt.

Das massierte Auftreten von *Sars-CoV-2* erschien deshalb in der Öffentlichkeit als plötzliches, unvorhersehbares Ereignis, auf das Politik, Behörden und das Medizinalsystem nur unzureichend vorbereitet waren. In kurzer Zeit mussten Maßnahmen wie Ausgangssperren, Hygienevorschriften, Stilllegung von Geschäften und Betrieben, das Verbot von großen Veranstaltungen beschlossen und exekutiert werden. In spezieller Weise waren die *Schulen* von diesen Aktivitäten betroffen. Kinder und Jugendliche waren monatelang angehalten, dem Unterricht fern zu bleiben und zu Hause mit Hilfe des Internet zu lernen, was wiederum für viele Eltern eine Herausforderung bedeutete und wohl weiterhin bedeuten wird. Es hat eine geraume Zeit in Anspruch genommen, bis die politisch Zuständigen die Brisanz dieser Entwicklungen für die Heranwachsenden und ihre Familien erkannt haben; andere Probleme, wie der Schutz der alten Menschen, die Überforderung der Intensivstationen oder der Abwärtstrend im wirtschaftlichen Bereich dominierten die Aufmerksamkeit. Erst der wachsende Druck der Öffentlichkeit sorgte für eine Trendwende; Möglichkeiten wurden und werden ersonnen, Schule und Unterricht aufrecht zu erhalten. Hierzu gehören gegenwärtig die Hygienevorschriften, die Masken- und Testpflicht schon in der Grundschule; über die Vor- und Nachteile des Impfens von jüngeren Mädchen und Jungen wird diskutiert. Einen instruktiven Überblick über die Regelungen in den Bundesländern und deren Veränderung bieten Fickermann/Edelstein 2021a.¹ Auch in Baden-Württemberg sind Vorschriften ergangen; zu ihnen hat sich der Landeselternbeirat LEB zustimmend positioniert und damit heftigen Protest bei einem Teil der Elternschaft ausgelöst. Dies indiziert, wie kontrovers und spannungsreich bezüglich der Schule gesprochen wird und wie emotional aufgeladen die Einschätzungen der Situation von Kindern und Jugendlichen zuweilen sind.

Der hier vorgelegte *Forschungsbericht* befasst sich in deskriptiver Absicht mit einem Ausschnitt aus diesem Problemhorizont, nämlich mit solchen Eltern, die die Corona-Maßnahmen kritisch einordnen und dies in Emails kundtun. Die Abhandlung umfasst *sechs Kapitel*. Nach den einführenden Gedanken gilt der Blick der Forschungslandschaft und der eigenen Fragestellung (Kapitel 2), sodann werden in Abschnitt 3 die methodische Vorgehensweise und die Datengrundlage erläutert. Es folgen die Ergeb-

nisse der quantifizierenden Auswertung der aus fünfzig Emails extrahierten über ein-tausend Stichworte (Kapitel 4). Die qualitative Auswertung des Materials stützt sich auf jede Nachricht gesondert und dient der Bestimmung von Typen, die den Umgang die-ser Eltern mit den Corona-Restriktionen an den Schulen Baden-Württembergs markie-ren (Kapitel 5). Ein Resümee rundet die Darlegungen ab (Kapitel 6).

2 Ein Blick auf den Forschungsstand

Weil der Schulbereich von zentraler Wichtigkeit für das Dasein und die Lebensgestal-tung der Heranwachsenden ist, weil dort die Weichen für die zukünftigen Chancen und Berufswege gestellt werden, verdienen die Begleiterscheinungen der durch die Pan-demie begründeten Restriktionen der herausgehobenen Beachtung. Entsprechend haben sich – neben den naturwissenschaftlichen Disziplinen – schon früh die Sozial- und Bildungswissenschaften des Erkenntnisgegenstandes angenommen; beispielswei-se hat die Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ (2020; 2021) innerhalb kurzer Zeit zwei spezielle Beihefte publiziert. Mittlerweile ist ein beeindruckender Kranz von *empiri-schen Erkenntnissen* verfügbar.² Als Akteure treten Angehörige von Universitäten und andere Forschungseinrichtungen auf, die nicht selten auf eigene Finanzmittel zurück-greifen. Hinzu kommen Stiftungen und Verbände sowie Ministerien als Auftrags- und Geldgeber. Die meisten Erhebungen sind quantitativer Natur und präferieren eine Onli-ne-Befragung; qualitative Untersuchungen bilden bislang die Ausnahme (etwa Knauf 2020; vgl. den Überblick von Alberth/Marke 2021). Die profunde Bibliographie von Fickermann/Volkholz/Edelstein (2021) sowie die Zusammenstellung von laufenden und abgeschlossenen Projekte im deutschsprachigen Raum (vgl. Fickermann/Edelstein 2021b) ermöglichen einen guten Überblick über die Forschungslandschaft. Die Auf-merksamkeit gilt zuvorderst den technisch-organisatorischen Begleiterscheinungen der Schulschließungen und des Fernunterrichts für die Beteiligten. In das Blickfeld geraten die didaktischen Herausforderungen des digitalen Lernens und der Unterrichtsqualität (im Überblick Helm/Huber/Loisinger 2021), die Probleme der Betreuung sowie die durch Corona induzierte Bildungsungerechtigkeit und die Bedrohung des demokrati-schen Systems. Neben den Lehrkräften und der Schülerschaft wird zuvorderst die Si-tuation in den Familien untersucht. Insgesamt zitieren Fickermann/Edelstein (2021b) 35 Studien, darunter 14, die sich ausschließlich den Eltern zuwenden. Kaum je aber werden die unmittelbaren Perspektiven und das subjektive Erleben der Kinder ergrün-det, wie Alberth/Marke (2021) zurecht monieren.

Die in den quantitativen Befragungen gewonnenen *Einsichten* lassen eine übereinstimmende, von der Mehrheit geteilte soziale Realität in einigen Bereichen erkennen, in speziellen Aspekten jedoch überwiegt Heterogenität und ein fragmentiertes Szenarium. Im Hinblick auf die häusliche Betreuung der Kinder während der Corona-Krise sehen sich die meisten Erwachsenen vor der gleichen Herausforderung – sie müssen sich allein um den Nachwuchs kümmern, zumeist obliegt das den Müttern. So erbringt das Zusatzmodul „Corona“ der Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts (DJI), in das rund 29.000 Eltern von Kindern unter 12 Jahren einbezogen sind, dass drei Viertel der Mütter und Väter ihren Nachwuchs selbst beaufsichtigen; leicht geringere Zahlen berichtet die von der Telekom Stiftung finanzierte Studie (vgl. Heller/Zügel 2020). Der Einsatz der Großeltern ist laut DJI von 40 Prozent auf unter 13 Prozent gesunken. Am ehesten greifen berufstätige Mütter sowie Alleinerziehende auf eine Notbetreuung zurück (vgl. Lippert et al. 2020).

Doch welche *Belastungen* gehen einher mit der Beschulung im häuslichen Umfeld, die für die Familien ungewohnt ist und eine Reihe von Veränderungen der Alltagsroutinen erfordert? Und welche langfristigen Wirkungen werden antizipiert? Hierzu gibt es in der Elternschaft reichhaltige Erfahrungen und Ansichten. Die Mehrheit sieht sich allenfalls mäßig belastet, wie eine Sonderbefragung (N 1.508) des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) erbringt (vgl. Heller/Zügel 2020). Die Daten der Telekom Stiftung weisen in eine verwandte Richtung und auch die Berechnungen des Instituts für Demoskopie (IfD 2021) veranlassen zu einer eher positiven Bilanz. Fast die Hälfte der Eltern mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt (N 1.043) berichtet, gut durch die Krise gekommen zu sein. Ein Drittel aber leidet unter der Aufsichtspflicht, selbst wenn eine gute Lösung zur Bewältigung gefunden wurde. Eine ähnlich starke Minderheit schildert in einer ebenfalls bundesweiten Elternbefragung (N 4.230), durch den Fernunterricht sei die Beziehung zum Kind beeinträchtigt (Wildemann/Hosenfeld 2020). Dabei verdüstern sich die mehrheitlich günstigen Einschätzungen, wenn es um die Zukunft geht. Je länger die Corona-Restriktionen andauern, desto besorgter geben sich die meisten Befragten. Es zeichnet sich ein Erschöpfungseffekt ab (vgl. IfD 2021; Vodafone Stiftung Deutschland 2020; DeutschlandTrend der ARD 2021). Die Online-Befragung KiCo, in der sich über 25.000 Mütter und Väter äußern, gelangt zu ähnlichen Resultaten. Die meisten wünschen sich eine alsbaldige Entlastung durch eine verlässliche Infrastruktur (vgl. Andresen et al. 2020).

Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass weitere Erfahrungen und Gefühlslagen *Wirkungen* entfalten und die Lage der Eltern trüben. Diese betreffen unmittelbar persönli-

che Nöte, und ebenso jene, die mit den Kindern zusammenhängen. Die Eltern von Schulpflichtigen zwischen 5 und 18 Jahren, die in der Studie der Vodafone Stiftung Deutschland zu Wort gekommen sind (N 1.067), berichten von der schwierigen Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und häuslicher Unterrichtung, die knappe Mehrheit fürchtet eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage sowie die Schädigung der Gesundheit durch eine Covid-19-Infektion im Familienkreis. Auch wenn die meisten das Zusammensein mit den Kindern durchaus goutieren, ist das familiäre Leben nicht nur harmonisch. Nach Aussage von 43 Prozent gibt es auch Streit. Vermutlich ist dieser mit ein Ergebnis der – von Wildemann/Hosenfeld (2020) gefundenen – Frustration der Kinder aufgrund fehlender Freizeitmöglichkeiten, die drei Viertel der Mütter und Väter erkennen sowie der unzureichenden Lernmotivation, die die Hälfte der Befragten ins Feld führt. Allerdings ist Letzteres nicht gleichgerichtet. Denn in der Untersuchung von Heller/Zügel (2020) bewerten die Eltern Faktoren wie Lernmotivation und Wohlbefinden der Mädchen und Jungen tendenziell als gut. Doch bleibt die Befürchtung von 40 Prozent, dass angesichts der coronabedingten Einschränkungen die schulische Förderung Defizite aufweist (IfD 2021). Noch prägnanter sind die Resultate, die der Deutschland-Trend der ARD für Juli (2021) ausweist. Dort befürchtet die überwiegende Mehrheit der Eltern, nämlich 89 Prozent, eine eingeschränkte Entwicklung ihres Nachwuchses. Fast drei Viertel votieren für regelmäßige Tests, die Maskenpflicht aber sieht nur ein Viertel als Mittel der Wahl.

Insgesamt ist die Befundlage variantenreich und nicht ganz eindeutig, dennoch sind die zentralen Tendenzen gleichgerichtet. Die Studien stimmen darin überein, dass die Mütter und Väter zumeist allein zuständig sind für die Aufsicht und die häusliche Beschulung. Die weggefallene, vormals selbstverständliche Unterstützung durch Großeltern oder durch außerschulische Einrichtungen, die Einschränkungen im Freizeitsektor und die Sorge um das weitere Vorankommen der Kinder sind Faktoren, mit denen sich fast alle auseinandersetzen und Strategien finden müssen, um den Alltag zu gestalten. Das daraus entstehende Niveau an Belastungen aber ist unterschiedlich verteilt. Bezüglich der Ängste um die ökonomische Situation, der eigenen Gesundheit, der Einschätzung des Verhaltens und der Motivation der Kinder sowie der Krisenbewältigung in Folge des Fernunterrichts stehen sich in etwa gleich große Gruppen gegenüber – jene, die im Großen und Ganzen positive Einschätzungen formulieren und die, die zu negativeren Urteilen gelangen. In anderen Merkmalen, etwa bezüglich der speziellen Herausforderungen des Fernunterrichts, der Harmonie im Familienleben sowie der Beziehung zum Kind, beträgt dieses Verhältnis rund zwei Drittel zu einem Drittel.

Dieses quantitative Zueinander verweist auf die unterschiedlichen sozialen Bedingungen, unter denen Familien leben. Soweit sie entsprechende Indikatoren einbezogen haben, finden alle Untersuchungen deutliche *Disparitäten* zwischen den Vergleichsgruppen. Sie stimmen darin überein, dass Eltern, die unter ungünstigeren materiellen Verhältnissen leben, über ein kleineres Einkommen und einen geringeren formalen Bildungsstatus verfügen, stärker unter den Schulschließungen leiden und in nahezu allen Merkmalen der sich daraus ergebenden Aufgaben und Pflichten weniger gut zurechtkommen. Die schon früh von Hurrelmann/Dohmen (2020) antizipierte Benachteiligung von Kindern aus unterprivilegierten Sozialschichten findet somit empirische Bestätigung und wird im Sammelband von Dohmen/Hurrelmann (2021) weiter ausdifferenziert. Vergleichbares gilt für Alleinerziehende, vor allem dann, wenn sie berufstätig sind. Für diese Bevölkerungskreise ist die Schule eine wichtige Säule im alltäglichen Leben und für die Erziehung und Förderung der Kinder von herausragendem Stellenwert. Es ist deshalb in Pandemie-Zeiten mehr denn je vonnöten, von Seiten der Politik den Menschen aus benachteiligten Schichten sowie den Alleinerziehenden gesonderte Aufmerksamkeit und Hilfen zukommen zu lassen, um die Defizite für die Kinder zu minimieren. Vermutlich gehören dazu Immigranten in ähnlicher Lebenslage, doch sind sie in den vorliegenden Analysen nicht explizit ausgewiesen.

In den öffentlichen wie den wissenschaftlichen Diskursen ist zudem die *geschlechtsspezifische Rollenverteilung* in den Haushalten einzubeziehen. Die verfügbaren quantitativen Untersuchungen lassen konstatieren, dass die Mütter deutlich stärker als die Väter die neuen Aufgaben übernehmen und die Lasten tragen. Dies spiegelt die vorherrschende Arbeitsteilung in den Familien. Denn fast alle Ehemänner mit Kindern unter 15 Jahren, doch nur 26 Prozent der Ehefrauen, sind vollzeitlich erwerbstätig; bei anderen Lebensformen beträgt dieser Anteil rund 40 Prozent (vgl. Hochgürtel/Sommer 2021). Die verheirateten Mütter erweitern mithin das bisherige Spektrum ihrer Pflichten und schultern in Corona-Zeiten ein erhebliches Maß an Zusatzarbeit. Sie können diese wohl eher als die Ehemänner leisten, da sie deutlich seltener in voller beruflicher Tätigkeit gebunden sind. Inwieweit daraus nach dem Ende der Pandemie eine Verfestigung der tradierten Pflichten erwächst, muss sich zeigen.

Unter *methodenkritischer Perspektive* ist bei der Bewertung der Befunde in Rechnung zu stellen, dass die eingesetzten Instrumente zwar allesamt standardisiert sind, jedoch verschiedene Operationalisierungen und Erhebungsformate einsetzen. Auch ist der Umfang der Stichproben unterschiedlich und inwieweit Online-Befragungen stets angemessen sind, bleibt diskussionswürdig. Dennoch ist die eher gleichgerichtete inhalt-

liche Tendenz in den Ergebnissen hervorzuheben. Welche Relevanz dem methodischen Ansatz zur Erkundung des Themas innewohnt, offenbart sich eindrucksvoll, wenn qualitative Vorgehensweisen zum Zuge kommen. Ein Beispiel hierfür ist die Arbeit von Knauf (2020), die gänzlich andere Ergebnisse generiert. Sie wertet inhaltsanalytisch 100 Blogs aus, in denen sich Familien gegenseitig über ihre Situation informieren und austauschen. In den internetbasierten Gesprächen überwiegen schmerzliche Beschreibungen und Emotionen, sie verweisen auf eine als bedrohlich und bedrückend empfundene Situation, auch für die Kinder. Berichtet wird von fehlenden Kontakten zu Freunden und Familienangehörigen und vom Rückfall in überwunden geglaubte Rollenmuster. Deutlich wird der Wunsch nach mehr familialer Solidarität. Das düstere Szenario, das im Vergleich zu den standardisierten Erhebungen erkennbar ist, scheint auch im qualitativen Teil der KiCo-Erhebung auf (vgl. Andresen et al. 2020). Dies dürfte sowohl in der selektiven Stichprobe gründen als auch in der Art der Datenerhebung. Möglicherweise ist der Personenkreis besonders frustriert und bereit, dieses Empfinden mit Anderen zu teilen. Zudem ermutigt die freie, nicht durch forschersiche Kategorien vorgegebene Art der persönlichen Stellungnahme zu umfassenden Reflexionen und gewährt wertvolle Erkenntnisse über die Tiefenstruktur des Umgangs mit den durch die Pandemie bedingten Herausforderungen.

Auch die vorliegende Erhebung, über die dieser *Forschungsbericht* Auskunft gibt, legt Daten zugrunde, die ebenfalls im Internet verbreitet und per Inhaltsanalyse ausgewertet wurden. Auch er wendet sich nicht den Eltern im allgemeinen zu, sondern fokussiert jene Gruppe, die sich ausgesprochen kritisch mit den angeordneten Maßnahmen in Schule und Unterricht auseinandersetzt. Auf quantitativem wie qualitativem Weg ergründet werden die schriftlichen Äußerungen von fünfzig Müttern und Vätern aus Baden-Württemberg, die diese per Email an den Landeselternbeirat (LEB) geschickt haben. Er beleuchtet damit zwar nur einen kleinen Ausschnitt jener sozialen Dynamik, die der Pandemie innewohnt. Gleichwohl geben die Stellungnahmen Einblick in die Gefühlswelt und die Vorstellungen eines Teils der Elternschaft, wie sie sich auch in manch anderen Sektoren der Gesellschaft in Demonstrationen und medialen Texten Bahn brechen. Insofern können sie nicht generell als paradigmatisch für die Befindlichkeiten und Werthaltungen der Mehrheit der Bevölkerung gewertet werden, auch wenn manche journalistischen Beiträge ein ähnliches Bild zeichnen. Gleichwohl gibt es in einigen Komponenten Übereinstimmungen mit der durchschnittlichen Elternschaft, etwa die große Sorge um die Entwicklung und das Wohl der Kinder.

Ähnlich wie die Forschung von Knauf (2020) und anders als die meisten Studien, ergründet die vorliegende Untersuchung Äußerungen von Eltern im Internet. Doch wählt sie einen anderen thematischen Fokus, der bisher selten in der Literatur aufgegriffen wurde. In *deskriptiver Intention* fragt sie nach der Sichtweise der Betroffenen auf die Corona-Restriktionen, die in den Schulen Baden-Württembergs eingeführt wurden. In heuristischer Trennung von mehreren Bezugs- und Beschreibungsebenen gilt das Interesse zunächst den Instanzen, Institutionen und Personen, die die Absenderinnen und Absender in den Nachrichten von sich aus adressieren, denen sie mehr oder weniger explizit die Verantwortung anlasten. Sodann stehen die frei formulierten Felder und Aktivitäten im Mittelpunkt, in denen sich die Kritik, die Sorgen und Belastungen manifestieren. Diese geben Hinweise darauf, welches Problemspektrum im Vordergrund steht und inwieweit es übereinstimmt mit der bundesweiten Elternschaft. Und schließlich wird das Zueinander von Emotionen und Sachlichkeit der Argumentation sondiert. Dies lässt Anhaltspunkte dafür ableiten, inwieweit Raum besteht für die Erarbeitung von gemeinsamen Positionen, die trotz der vorhandenen Differenzen möglich wären.

3 Methodisches Vorgehen und Datengrundlage

Der Landeselternbeirat Baden-Württembergs hat sich sehr aktiv mit den diversen Vorhaben und Vorgaben der Kultusbürokratie auseinandergesetzt und Stellung bezogen. In die Meinungsbildung eingeflossen sind die Resultate einer standardisierten Befragung zu Corona-Vorschriften an den Schulen, die Ende Februar 2020 initiiert wurde und an der sich über 120.000 Mütter und Väter beteiligten (vgl. LEB 2020; 2021a; 2021b). Das thematisch reichhaltige Instrument wurde, administriert über alle Schulen des Landes, an die Eltern weitergereicht. Inwieweit es de facto die Zielgruppe erreicht hat und wie hoch der Rücklauf war, lässt sich nicht genau bestimmen. Es ist anzunehmen, dass sozial Benachteiligte und Immigranten – und damit verknüpft Eltern, deren Kinder die Haupt- und Werkrealschulen besuchen – unterrepräsentiert sind.³ Die Befunde der Erhebung wurden in den Publikationsorganen des LEB zugänglich gemacht (vgl. LEB 2021a; 2021b). Des Weiteren hat der LEB bald darauf „Osterforderungen“ öffentlich publiziert, die sich mit den Modalitäten des Präsenzunterrichts auseinandersetzen und unter anderem für Mund-Nasen-Schutz, Tests und Impfungen plädieren (vgl. LEB 2021c). Diese Aktivitäten haben einige Eltern zu schriftlichen Stellungnahmen veranlasst. Im Laufe des April erreichten den Landeselternbeirat Emails, fast alle drücken eine negative Haltung aus, Ablehnung und Protest, aber auch Sorge angesichts der Entwicklungen wird artikuliert.⁴

Ziel der folgenden Analysen ist es, auf der Grundlage ausgewählter Nachrichten den Horizont dieser Überlegungen und Argumente auszuloten, die Häufigkeit ihres Auftretens zu sondieren und typische Konfigurationen der vorgebrachten Gedanken nachzuzeichnen. Diesen Anspruch einzulösen ist, wie zu zeigen sein wird, überaus aufwändig. Allein aus Gründen der Kapazität und der Ressourcen ist es nicht realisierbar, alle eingegangenen elektronischen Briefe in den Blick zu nehmen. Sie sind vielmehr als (wenn auch unbestimmbare) Grundgesamtheit definiert. Die daraus extrahierte Brutto-Stichprobe umfasst 52 Fälle, die im Zeitraum vom 2. bis zum 11. April 2021 bei einem zufällig ausgewählten Mitglied des LEB eingegangen sind. Zwei Schreiben wurden nicht ausgewertet – eines adressiert den Ministerpräsidenten von Sachsen. Ein zweites hebt sich von allen anderen ab, indem es positiv und den LEB unterstützend gehalten ist. Somit repräsentieren die Stellungnahmen von 50 Personen die Netto-Stichprobe; ihnen gemeinsam sind die kritischen Beurteilungen der Corona-Regulierungen an Schulen. Insofern sind die empirischen Befunde keineswegs repräsentativ für das Meinungsbild „der“ Eltern in Baden-Württemberg.⁵ Sie geben aber Einblick in das Spektrum von negativ getönten Emotionen und inhaltlichen Positionen; das aus den Schreiben generierte Material umfasst rund 3.000 Wörter, die Anhänge, Quellenangaben und Links nicht mitgezählt. Diese Wörter wurden überführt in „Sinnzusammenhänge“, in 1.057 einschlägige Sätze. Es ist anzunehmen, dass sie den denkbaren Horizont von Äußerungen ausschöpfen und aussagekräftig sind für die Vorstellungen jener skeptischen und aufgeregten Mütter und Väter, die sich nicht gemeldet haben, die aber ähnlich urteilen würden.

Die empirische Sozialforschung bietet ein breites Arsenal von Techniken zur Erfassung sozialer Realität an.⁶ Die *Inhaltsanalyse* – auch als Dokumentenanalyse bezeichnet – ist eine der Verfahrensweisen. Sie stützt sich auf vorhandene Texte, Berichte, Stellungnahmen und Äußerungen, die zumeist schon vor Beginn des Forschungsprozesses vorliegen und nachträglich ausgewertet werden. Die methodische Herausforderung liegt darin, zu entscheiden, welche Einheiten eines Dokuments, also Wörter oder ganze Sätze oder größere Abschnitte, für die Analyse ausgewählt und nach welchen Kriterien sie eingeordnet werden. Dies impliziert eine gewisse Unbestimmtheit des Kategoriensystems und der Einordnung der Aussagen (vgl. beispielsweise Hoffmann 2018; Schreiber 1999). Für eine *quantifizierende* Auswertung werden die Kategorien anhand des Materials entwickelt und sukzessive immer wieder abgeglichen. Die Zahl der Nennungen von Stichwörtern oder Argumenten bildet die Grundlage für die Prozentuierung. Wird hingegen ein *qualitativer* Ansatz präferiert, werden die einzelnen Fälle in Augenschein genommen, die jeweiligen Besonderheiten werden herausdestilliert, miteinander verglichen und zu Typen gebündelt.

Die vorliegende Erhebung verfolgt beide Herangehensweisen:

- Auf der Basis der 50 Zuschriften wurde anhand von dort auffindbaren Stichwörtern und Argumentationsfiguren mit Bezug zu den Corona-Maßnahmen, ein *Kategoriensystem* entwickelt. Es unterscheidet in grober Zuspitzung zwei Teile, die ihrerseits in Variablen ausdifferenziert werden. Zum einen werden die im Text adressierten Gruppen und Einrichtungen gelistet – Kinder, Eltern, der LEB, Lehrkräfte, Wissenschaft sowie die Politik. Zum zweiten wird das Themenspektrum der kritischen Stellungnahmen in fünf Bereiche aufgefächert, die ihrerseits feine Abstufungen enthalten (vgl. Tabellen 1 und 2). Es geht um die Gesundheit der Kinder, die Urteile zu Hygiene, Maskentragen, Tests und Impfungen, Positionen (des LEB) und wissenschaftliche Studien, den mit den Vorschriften verbundenen Wertehorizont sowie um Elemente der ganz konkreten Handlungsebene. Anhand dieses Schemas erfolgte Fall für Fall die Vercodung des Materials, wobei die beiden Dimensionen miteinander verknüpft sind, das heißt, die Hinweise auf bestimmte Gruppen oder Einrichtungen ist mit einem inhaltlichen Feld verbunden. Zählereinheit sind Begriffe, vor allem aber sinnzusammenhängende Sequenzen. Insgesamt produzierten die Eltern 1.057 Variablen pro Dimension.⁷
- Die qualitative Auswertung untersucht die 50 Dokumente jeweils für sich genommen. Jedes wurde zunächst paraphrasiert, mit dem Ziel, die Hauptüberlegungen des Absenders bzw. der Absenderin zu ergründen, die Stoßrichtung der vorgetragenen Gedanken darzulegen und die emotionale Tönung des Briefes zum Vorschein zu bringen. Die Zuordnung zu einem *Typus* geschah sodann anhand der Kombination von zwei Elementen – dem Grad der Emotionalität und der Art der Sachhinweise, die wiederum in Feinabstufungen erfasst wurden. In einer weiteren Verdichtung haben sich vier Typen als zureichend für die empirische Unterscheidung erwiesen (vgl. Tabelle 3): Die emotionalen Komponenten sind in zwei Stufen voneinander abgehoben, in Entsetzen und Empörung, Wut und Aggression, Verzweiflung einerseits (ausgeprägte Emotionalität), Überraschung, Traurigkeit, Ängstlichkeit und Sorge, andererseits (moderate Emotionalität).⁸ Die Sachhinweise werden dann als nicht vorhanden bzw. als allgemein definiert, wenn sich die Aspekte auf vermeintliches Alltagswissen oder generelle Aussagen in den Medien, ohne weitere Belege beschränken. Wird darüber hinaus über den Stand der Wissenschaft, mit expliziter Nennung von Studien oder Äußerungen von Experten (unabhängig von deren Seriosität) berichtet, war dies als vertiefend einzustufen.

Beide inhaltsanalytische Methoden ergänzen einander und sollen einen möglichst breiten und fundierten Einblick in die Gedanken- und Gefühlswelt, Haltungen und Urteile der Mütter und Väter erlauben.

Zu Wort gemeldet haben sich mehrheitlich Frauen (n 39). Zusätzlich haben sechs Väter Stellung genommen, fünf Mal berichten beide Elternteile. Weitere demografische Merkmale der *Stichprobe*, wie etwa Familienstand und Beruf, Anzahl und Alter der Kinder, der besuchte Schultyp oder die Funktion als Elternvertretung, konnten nicht systematisch erhoben werden; sie sind nur dann verfügbar, wenn die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Untersuchung sie von sich aus in den Emails erwähnten. Hinweise auf den Namen, die Email-Adresse oder sonstige Angaben, die Rückschlüsse auf die Person ermöglichen, wurden anonymisiert und die Nachrichten mit laufender Nummer versehen. Die dem Material entnommenen Zitate entsprechen dem Original; Schreib- und Grammatikfehler wurden nicht korrigiert, Großbuchstaben nicht verändert. Um die Lesbarkeit zu verbessern, wurden aber die originären, fettgedruckten Hervorhebungen zurückgenommen und die Internet-Links und andere ausführliche Quellenangaben nicht wiedergegeben.⁹

4 Quantitative Auswertung

Die von den Müttern und Vätern schriftlich vorgebrachten Meinungen sind von unterschiedlicher Länge und Elaboriertheit und skizzieren einen interessanten Reigen. Dieser kann sich einerseits mit kurzen, wenigen Sätze umfassenden Statements begnügen, die beispielsweise diese Mutter wählt. Sie bezeichnet es als Schande und Verbrechen, als unverantwortlich und untragbar, was durch Schnelltests, Maskenpflicht und Schulentzug mit den Schülern passiert, und sie stellt juristische Schritte in Aussicht:

„Ich werde jede Art von Schäden an meinem Kind egal ob psychisch oder körperlich anzeigen. Schulentzug, Schnelltests, Maskenpflicht, die Folgen vom dem ganzen ist ein Verbrechen an unsere Kinder.“ (Nr. 06)

Andererseits stehen am anderen Pol der Einschätzungen ausführliche, mit inhaltlichen Hinweisen angereicherte Gedanken. Die Nachricht Nr. 47 ist hierfür exemplarisch, sie weist zudem mit 29 Links sowie weiteren Quellenangaben die höchste Zahl an Sachbelegen vor.¹⁰ Diese beiden Personen bezeichnen die durch Corona hervorgerufenen Einschränkungen als große Belastung, obgleich Kinder keine Pandemietreiber seien. Körperliche Beschwerden, Traurigkeit, Schlafstörungen und Kopfschmerzen werden geschildert, die Bürden des Homeschoolings erwähnt. Sodann folgen sehr ausführliche

Verbalisierungen von Erkenntnissen aus der Fachliteratur; aufgegriffen werden Merkmale von Maskentragen, Tests und Inzidenzen. Dies mündet in kritische Fragen zu Zumutbarkeit, Leistungsbeeinträchtigungen, körperlichen und psychischen Schäden, sozialer Ausgrenzung, Kinderrechten. Die beiden Verfasser bezeichnen sich als sehr gut informiert; dies entspricht auch der weithin sachlichen Argumentation.

„Da uns diese Themen wirklich sehr nahe gehen und uns sehr am Herzen liegen, haben wir uns intensiv mit der Thematik beschäftigt ... Deshalb möchten wir gerne auf bisherige Informationen hinweisen: (Informationen sind aus den am Ende stehenden Quellen entnommen) ... Eine bei Virusbefall dokumentierte Zerstörung der Surfactant-produzierenden Pneumozyten Typ II führt endgültig zum Surfactant-Mangel-Syndrom mit Atelektase, atelektatischer Induration, Alveolitis, bakterieller oder mykotischer Pneumonie und Lungenfibrose: Virus-Pneumopathie mit der letzten Konsequenz des Atemversagens.“ (Nr. 47)

Innerhalb dieser Spannbreite konnten im Durchschnitt pro elektronischer Meldung 21 adressierte Personen, Gruppen oder Institutionen vercodet werden, jeweils in Konfiguration mit einem oder mehreren thematischen Bereichen.

4.1 Die adressierten Instanzen

Im Vordergrund der adressierten Instanzen stehen – erwartungsgemäß und eindeutig – die *Kinder*; fast jede zweite der 1.057 Variablen kreist um sie (vgl. Tabelle 1), wobei in erster Linie die Heranwachsenden ganz allgemein und selten ausschließlich der eigene Nachwuchs gemeint ist. Die Corona-Maßnahmen werden somit als generelles Problem für die junge Generation etikettiert, wobei die persönliche Situation nicht gänzlich ausgeschlossen ist. In der Regel sind also die Einschätzungen nicht auf eine gleichsam egoistische, auf das Nahumfeld der Familie begrenzte Perspektive reduziert.

Zwei Zitate sollen die Befassung mit den Kindern aus einer generalistischen Perspektive verdeutlichen. Sie kreisen um das Recht auf Bildung und die Problematik, die Mädchen und Jungen als Krankheitsursache zu stigmatisieren:

„Ich frage mich ernsthaft, wie ein sogenannter Elternbeirat es zulassen kann, dass Schulen ständig geschlossen werden, dass Kinder fast keine Bildung mehr bekommen, dass selbst die Kleinsten mit Maske in die Schule müssen (wenn diese denn mal auf hat) und das nun noch Zwangstestungen kommen. Ohne Testung keine Bildung. Das schlägt den Fass den Boden aus.“ (Nr. 03)

„Keines der Kinder die in der Schule sind, darf in erster Linie nur als Verursacher todbringender Gefahren für seine Umgebung gelten, noch dazu ohne, daß man diese Gefährdung dem Betroffenen konkret nachweisen könnte.“ (Nr. 28)

In deutlich geringerem Grad geraten die *Eltern* ins Blickfeld; ihnen gelten 12 Prozent der Beurteilungen. Die Mütter und Väter werden als Informationsträger und Betroffene thematisiert, in denen sich zum Teil die persönliche Erfahrung reflektiert.

„Die Meisten Grundschulleitern mit denen ich mich unterhalten habe (2/3) wollen eigentlich nur, dass die Kinder in Ruhe gelassen werden und einen normalen Schulalltag erleben dürfen, ohne Maske, ohne Testungen und Trennwände, keine halbierten Klassen und kein Homeschooling.“ (Nr. 10)

Von den außerhalb der Familien situierten Instanzen kommt den Einrichtungen und Behörden eine besondere Rolle zu, die sich mit dem Stand der *wissenschaftlichen* Erkenntnisse befassen oder selbst Forschungsergebnisse generieren und publizieren; fast ein Fünftel der Zuschriften benennen sie. Vor allem das Robert Koch-Institut sowie die WHO dienen als Referenz, durchaus verbunden mit Hinweisen aus Gerichtsurteilen. Zitiert werden zudem einzelne Persönlichkeiten unterschiedlicher Couleur aus dem wissenschaftlichen Bereich, beispielsweise Persönlichkeiten mit so konträren Ansichten wie sie die Epidemiologen Lauterbach oder Ionnadis veröffentlichen.

„Prof. Dr. Lothar Wieler bestätigte auf der Bundespressekonferenz am 26.03.2021, dass die vom RKI gesammelten Daten zeigen, dass nur ca. die Hälfte der positiven Antigen-Schnelltestresultate sich später auch in der PCR-Kontrolle als positiv herausstellen. Die andere Hälfte ist falsch-positiv. Daten zu den im Handel erhältlichen Selbsttests für Daheim lagen dem RKI zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor.“ (Nr. 08)

"Eine tatsächliche Erkrankung könne nur durch einen Arzt festgestellt werden. Allein aufgrund eines PCR-Tests oder eines Antigen-Tests sei eine Corona-Infektion nicht nachgewiesen, da bei derartigen Tests die Fehlerquote zu hoch sei. Hierbei verweist das Gericht auf die WHO." (Nr. 14)

Tabelle 1
Kategorisierung der von den Eltern in den Email-Nachrichten genannten Adressaten; gerundete Prozentwerte.

	N	%	Summen %
<i>Kinder</i>			
- allgemein	488	46	
- eigene	28	3	
			49
<i>Eltern</i>			
- allgemein	50	5	
- selbst	75	7	
			12
<i>Wissenschaftliche Instanzen</i>	203		19
<i>LEB</i>	127		12
<i>Schule/Lehrkräfte</i>	45		4
<i>Politik/Gesetzgeber</i>	41		4
Summen	1.057		100

Die Rekurse auf wissenschaftliche Instanzen heben sich durch Mehrfachnennungen sowie durch eine Fülle von Sachhinweisen und ausführlichen Belegen hervor, die die Absenderinnen und Absender vornehmen und zum Teil ausführlich verbalisieren. 20 der 50 Emails zeugen von entsprechenden Bemühungen.

Auch einige der an den *LEB* gerichteten Sätze nehmen Rekurs auf den Stand der Forschung, doch geht es ihnen vorrangig um die Berücksichtigung der Eltern im Diskussi-

onsprozess sowie um die Rolle der Elternvertretung. Jede achte der Sequenzen, die vercodet wurden, richtet sich in diesem Sinne an den Landeselternbeirat; kritische, gar drohende Untertöne sind dabei häufig. Überdies scheint die Funktion des LEB als beratenes Gremium ohne Entscheidungsbefugnisse nicht unbedingt bekannt zu sein:

„Noch schlimmer fand ich es, dass diese Forderung vom Landeselternbeirat kam, ohne dass wir Eltern überhaupt gefragt wurden! Es ist eine Unverschämtheit, dies im Namen aller Eltern auszusprechen, ohne diesen die Möglichkeit einer Abstimmung einzuräumen!“ (Nr. 29)

„Machen Sie endlich das, wofür sie gewählt wurden. Vertreten Sie die Eltern. Und nicht Politik der Gewerkschaft oder der SPD ... Ich werde nun den Landesdatenschutzbeauftragten informieren, dass mir Daten vorenthalten werden von KM bzw. LEB ... Zur Not werde ich Klage einreichen. Ich werde alles daran setzen, Ihnen nachzuweisen, dass Sie nicht sauber arbeiten. Zumindest konnten Sie mir bis heute nicht das Gegenteil beweisen.“ (Nr. 23)

Relativ weniger Aufmerksamkeit erfahren die *Schule* mit ihren Lehrkräften sowie die *Politik* bzw. der Gesetzgeber. Jeweils 4 Prozent der Nennungen beziehen sich auf diese Instanzen. Zuweilen werden beide zusammen angesprochen, wobei manches Argument von „Querdenkern“ geliehen zu sein scheint:

„Auch für die Lehrer ist es eine Zumutung, es kostet wahnsinnig viel Zeit und Gespräche/Erklärungen, man sollte mal nicht vergessen, dass ein Pädagoge zum Lehren da ist.“ (Nr. 05)

„Der Begriff des Hybridunterrichts lässt den Leser erschauern und sich in einem Science Fiction orwellischen Ausmaßes wiederfinden, von Schule als einem Ort des sozialen Lernens und des Miteinanders bleibt nicht einmal mehr ein Anschein übrig ... Das Ziel scheint es zu sein, die politischen Forderungen eifertig zu übertrumpfen, gleich einem Wettlauf, wer noch „das Sahnehäubchen“ bei der Erziehung zum irrsinnigen Corona-Gehorsam obenauf setzen kann.“ (Nr. 09)

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Kinder die zentrale Gruppe sind, die in den Emails immer wieder benannt werden. Ihnen gilt die Sorge mit Hinblick auf die Konsequenzen der Corona-Reglements. Noch vor den Eltern mit 12 Prozent dient die Wissenschaft als Referenzgruppe; sie steht an zweiter Stelle der gezählten 1.057 Sinnzusammenhänge. Auf den LEB als Informationsquelle entfallen 12 Prozent; ergänzt um weitere 6 Prozent, die die fehlende Neutralität beklagen, den Vertrauensentzug und juristische Konsequenzen in Aussicht stellen (vgl. Tabelle 2). Schule und Politik erhalten vergleichsweise weniger Aufmerksamkeit bzw. werden innerhalb einer Email nur einmal, dafür aber ausführlich besprochen. Nahezu alle Briefe sind mehr oder weniger emotional getönt, sie drücken Sorge und Angst aus, auch Wut und Aggression und oftmals treten diese Gefühlslagen in Kombination auf. Rein sachliche Ausdrucksformen sind rar. Gleichwohl ist es einigen wichtig, ausdrücklich zu betonen, Corona nicht in Abrede stellen, sondern die Vorschriften im angemessenen Verhältnis sehen zu wollen:

„Vorab möchte ich auch klar stellen, dass ich KEIN Corona- Leugner bin und mir durchaus bewusst ist, dass etwas unternommen werden muss, um die zu schützen, die es stark betreffen kann! Aber die Maßnahmen müssen im Verhältnis sein und was in den letzten Tagen im Bezug auf unsere Kinder und für LehrerInnen & ErziehInnen beschlossen wurde, überspannt den Bogen!!“ (Nr. 25)

„Die ersten Monate war ich mit den Maßnahmen der Regierung zwar nicht immer einverstanden, konnte aber insoweit mitgehen, dass der Verlauf abzuwarten war. Inzwischen stellt sich für mich die Grundlage und die damit einhergehenden ständigen neuen Reglementierungen, so auch die in der Schule, als absolut nicht mehr nachvollziehbar dar.“ (Nr. 16)

4.2 Die Themenbereiche

Die Adressierung der diversen Instanzen geht einher mit einer Fülle von Themenbereichen, auf die die Eltern kritisch hinweisen (vgl. Tabelle 2). An der Spitze der Einschätzungen stehen die *Hygienemaßnahmen*, auf sie beziehen sich über ein Drittel der vercodeten Sequenzen. Sie werden innerhalb einer Nachricht oft mehrmals und an verschiedenen Stellen ausgeführt, und zwar begleitet von Protest und der Überzeugung, es werde Zwang ausgeübt. Dies ist angereichert mit – zuweilen dubiosen – Verweisen auf den vermeintlich mangelhaften Erkenntnisstand von Wissenschaft und Forschung, dieser wird als fragwürdig eingestuft und dessen praktische Wirksamkeit in Frage gestellt.

„Warum gesunde Kinder testen????? Eine symptomlose Ansteckung ist lt. einer chinesischen Studie (10 Millionen Menschen) nicht möglich!!“ (Nr. 41)

„Es gibt nicht mehr infizierte! Auch nicht mehr kranke! Macht Eure Hausaufgaben und tretet FÜR unsere Kinder ein!“ (Nr. 31)

Alternative Maßnahmen, wie der Einsatz von geschultem Personal, eine ärztliche Anamnese, das Impfen der Lehrkräfte oder der Eltern erscheinen notwendig, auch juristische Implikationen, wie der fehlende Datenschutz, werden aufgezeigt. Exemplarisch hierzu einige Formulierungen:

„Weder ein Schnelltest, noch ein PCR-Test können eine Infektion aufzeigen. Hierzu bedarf es der professionellen Meinung eines Arztes und einer gründlichen Anamnese!“ (Nr. 15)

„Das Impfen der Lehrkräfte bei bestehenden Vorerkrankungen und regelmäßigen Lüften sollte ausreichen. Eltern, die selber betroffen sind wegen Immunschwäche etc sollten geimpft werden bzw deren Kinder können der Präsenzplicht entbunden werden bis zur Impfung, aber alles andere ist Schießen mit Kanonen auf Spatzen.“ (Nr. 36)

Verbunden mit der Bewertung der Hygienevorschriften sind die Vorstellungen zur *Gesundheitsgefährdung*, die mit ihnen assoziiert werden; 28 Prozent der vergebenen 1.057 Codes sind in dieser Kategorie verortet. Mit Sorge betrachtet werden einmal mehr die Kinder, selten die Lehrkräfte oder die Eltern. Vor allem die psychischen und sozialen Auswirkungen stehen auf dem Prüfstand; 16 Prozent der Stellungnahmen positionieren sich hier, wobei dies zumeist in Kombination mit anderen Aspekten geschieht.

Verwiesen wird auf das aktuelle Leiden der Heranwachsenden und die überdauernde Reduzierung des Gesundheitszustands.

Hierzu seien einige Beispiele angeführt, die einen unterschiedlichen Grad von Emotionalität aufweisen und entweder auf den Zwang, das Leiden oder gar in – geradezu dramatischer Zuspitzung – die lebenslange Schädigung in den Blick nehmen. Inwieweit solche Haltungen einer ehrlichen Einschätzung entsprechen oder aber von den Protagonisten absichtlich übertrieben dargestellt werden, ist nicht entscheidbar:

„Wenn der Test die Zugangsvoraussetzung für den Präsenzunterricht ist, kommt dies einer Zwangstestung gleich - traurig ... Um es zusammenzufassen: Ich bin GEGEN eine Test- und Maskenpflicht an Schulen und stehe damit sicherlich nicht alleine da.“ (Nr. 21)

„Mir blutet das Herz ... Es ist unglaublich, das Leiden der Kinder geht weiter, wird immer schlimmer ... Für Liebe, Freiheit und Wahrheit.“ (Nr. 42)

„Unter dem Deckmantel des Schutzes unserer Kinder, verfestigen Sie die schon vorhandenen Traumatisierungen auf lebenszeiten und gefährdenwissentlich das Kindeswohl.“ (Nr. 34)

Es wird darüber nachgesonnen, welche Angst der Kinder davor entsteht, infiziert zu werden oder ein Virusträger zu sein, der andere ansteckt. Verwiesen wird zudem auf die sozialen Folgen des öffentlichen Testens im Klassenraum, das bei positivem Ergebnis zu Absonderung und Stigmatisierung der Betroffenen führt.

„Die Kinder in der Klasse bekommen ebenfalls Angst. Oh je... womöglich ist man in der Nähe des positiven Kindes gesessen, hat mit ihm zuvor gespielt. Was bedeutet das für die mich? Werde ich nun auch krank? Stecke ich nun meine Eltern und Großeltern an? Haben Sie sich einmal tatsächlich in die Lage dieses Kindes versetzt? Ich glaube nicht. Ansonsten wäre Ihre Forderung eine andere gewesen.“ (Nr. 20)

„Was passiert mit den Kindern psychologisch, die positiv getestet werden? ... Wurde über Mobbing und über den Scham der Kinder (gegenüber den Mitschülern UND dem Lehrer) nachgedacht, wenn nun vor der ganzen Klasse klar gemacht wird, dass ein Schüler positiv getestet ist? ... Diese ganze Situation der Schnelltests in der ‚Öffentlichkeit‘ - nämlich vor der ganzen Klasse - ist eine sehr stark psychisch belastende Situation für die Kinder. Bisher gab es eine ärztliche Schweigepflicht! Ein solcher Test ist eine absolut private Angelegenheit, eine medizinische, eine gesundheitliche Frage, die keinen etwas angeht.“ (Nr. 26)

Oftmals verknüpfen die Briefe die psychischen und sozialen Wirkungen mit den körperlichen Folgen von Maskentragen, Testen, Abstandsgebot, Impfungen in der Schule; allein jede achte Sequenz bezieht sich darauf. Sie werden zuweilen drastisch ausformuliert:

„Jetzt sollen also trotz Neg Testung Schüler (bei uns 7,5h) täglich den Mundschutz tragen. Obwohl so viele Kinder unter Atemnot, Schwindel, Kopfweh und Erbrechen leiden. Sogar unter Kohlenmonoxydvergiftung sterben könnten?“ (Nr. 01)

„Die nasalen Tests in Kinderhände zu geben finde ich persönlich absolut fahrlässig. Sie können sich hier nicht unerheblich verletzen (vor allem in Anbetracht der teilweise recht panischen Lehrer, die die Kinder anweisen doch noch ein Stück tiefer in die Nase zu gehen mit dem Teststäbchen). Auch die Durchführung durch Eltern stellt hier in meinen Augen

keinen Ausweg dar, da es sich auch hier nicht um geschultes Personal handelt und der Datenschutz nicht eingehalten werden kann!“ (Nr. 48)

„Genauso kritisch sehe ich die Tatsache, dass die Schüler und Schülerinnen sich gegenseitig, wie auch den Lehrer/Lehrerin, nicht mehr mit der vollen Mimik wahrnehmen können. Ich finde dies ist elementar für eine gesunde Entwicklung.“ (Nr. 13)

Noch deutlicher als in anderen inhaltlichen Bereichen treten in den Schilderungen der psychischen und körperlichen Folgen der Corona-Maßnahmen das Bangen und die Angst der Eltern um die Kinder zutage. Die Einschätzungen reichen von eher unrealistischen und übertriebenen Gedanken bis hin zu nachvollziehbaren Vorbehalten. Denn die Angemessenheit mancher Vorschriften durch Ministerien und Behörden ist nicht zweifelsfrei belegt; wie beispielsweise das Tragen von Masken, die eigentlich für Erwachsene im Arbeitsalltag entwickelt wurden, nicht aber für Kinder.

Tabelle 2
Kategorisierung der von den Eltern in den Email-Nachrichten angesprochenen Themenbereiche; gerundete Prozentwerte.

	N	%	Summen %
<i>Hygienemaßnahmen</i>			
- wissenschaftliche Basis fragwürdig	166	16	
- Ablehnung, Protest, Zwang	75	7	
- andere Maßnahmen notwendig	76	7	
- juristisch problematisch	42	4	
			34
<i>Gesundheitsgefährdung</i>			
- psychisch, geistig, sozial	169	16	
- körperlich	130	12	
			28
<i>Wertehorizont</i>			
- kein Kindeswohl, -verantwortung	84	8	
- freiheits- und demokratieschädlich	38	4	
- fehlende Neutralität LEB	34	3	
- Bildungsdefizite, Bildungsrecht	23	2	
- Elternrecht beschädigt	18	2	
- Freiheitsbeschränkung Kinder	13	1	
			20
<i>Informationsquellen LEB</i>			
- alternative Quellen heranziehen erforderlich	47	4	
- Befragung nicht repräsentativ, unseriös	36	3	
- Kompetenzmangel LEB	23	2	
- (Oster-) Forderungen unhaltbar	20	2	
- Befragung unbekannt	14	1	
			12
<i>Handlungsebene</i>			
- Vertrauensentzug LEB	25	2	
- juristische Konsequenzen einleiten	11	1	
- häusliche Maßnahmen für Kind	13	2	
			5
Summen	1.057	100	100

Die unmittelbare Fokussierung auf die Heranwachsenden ist verknüpft mit einem erweiterten Horizont, nämlich mit einer Diskussion der Implikationen von Hygienevorschriften und Gesundheitsproblemen für die in der Gesellschaft vorherrschenden *Wertvorstellungen*. Jede fünfte Sequenz schließt den Blick darauf ein und sieht die Gefahr von ungünstigen Veränderungen. Hierzu gehören die fehlende Verantwortung für das Wohl und die Würde der Kinder, die Beschränkung von deren Recht auf Bildung und auf Freiheit:

„Ich möchte Ihnen dringend raten, einige Punkte, die ich hier anführe, zu bedenken und dringend die besondere Schutzbedürftigkeit, gerade von Grundschulkindern, wesentlich mehr in den Vordergrund Ihrer Überlegungen einzubeziehen!!!! (Nr. 18)

„Versetzen Sie sich in die Lage des Kindes? Was ist mit der Menschenwürde?“ (Nr. 40)

Nach Ansicht einiger Mütter und Väter wird zudem dem Elternrecht nicht Genüge getan und dem Landeselternbeirat als wichtiger Institution in der Bildungspolitik die erforderliche Neutralität abgesprochen.

„Sie sind der Neutralität und unseren Kindern verpflichtet, nicht der Politik!“ (Nr. 12)

„Ich weiß, es benötigt Mut aufzustehen und "Nein" zu sagen. Bisher hat sich das kaum jemand getraut. Und die sich trauen, werden nicht ernst genommen und nicht mehr angehört.“ (Nr. 37)

Die vorgetragenen Überlegungen spannen zuweilen einen Bogen bis hinein in die Politik und skizzieren die Schädlichkeit für Demokratie und Freiheit. Sie sehen Zwang und diktatorische Tendenzen am Werke, ohne die möglichen Vorteile der Einschränkungen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung ins Kalkül zu ziehen:

„Die Regierung kann ihre 'Machtspielchen' gerne weiter treiben, jedoch nicht auf den Rücken unserer Kinder, denn ihre Zukunft steht hier auf dem Spiel.“ (Nr. 30)

„Es ist sozusagen ein Verbrechen an unseren Kindern ... WENN Unrecht zu Recht wird Wird Widerstand zur Pflicht!!!!!!“ (Nr. 32)

„Wer jetzt in den letzten Phasen unserer Demokratie schläft, macht sich der begonnenen „Digitalen Gesundheitsdiktatur“ unserer Kinder mitschuldig.“ (Nr. 38)

Unterlegt von den Erfahrungen mit nicht-demokratischen Systemen werden die verschiedenen Argumente gebündelt und in einen Gesamtzusammenhang gestellt, wie dieses lange Zitat besonders anschaulich belegt:

„Unsere Kinder und Jugendlichen erleben nun seit einem Jahr eine Gesellschaft ohne kulturelles und soziales Leben, ohne echte Versammlungs-, Meinungs- oder Demonstrationenfreiheit. Das Recht auf Bildung ist praktisch ausgesetzt, Sport, Tanz und Theater im Grunde verboten. ... Gleichzeitig erleben sie eine Zeit, in der strengster Gehorsam gefordert wird, in der Denunzianten Recht gegeben wird, in der der Staat sich herausnimmt, medizinische Zwangsmaßnahmen (Zwangsimpfung, Zwangstestung) an ihnen auszuführen und in dem ausgesondert wird, wer nicht der vorgegebenen Doktrin gehorcht. Meine Frage also: Ist es nicht so, dass unsere Kinder gerade lernen und einüben, was uns mit Unrechtsstaaten – wie es die DDR war – verbindet, anstatt zu lernen, was uns von diesen unter-

scheidet? ... Meine Frage also: Ist es nicht so, dass unsere Kinder gerade lernen und ein-üben, was uns mit Unrechtsstaaten – wie es die DDR war – verbindet, anstatt zu lernen, was uns von diesen unterscheidet?“ (Nr. 11)

Der *Landeselternbeirat* gerät nicht nur bezüglich der Neutralität in die Kritik, sondern auch hinsichtlich anderer Faktoren; insgesamt wurden rund 20 Prozent der vercodeten Sequenzen hierzu vorgebracht. Dabei ist zu beachten, dass – anders als in den vorigen Kategorien der Auswertung – die jeweiligen Merkmale meist nicht wiederholt innerhalb einer Nachricht aufgegriffen werden. Der LEB wird sozusagen fokussiert in den Blick genommen. Im Vordergrund steht die Empfehlung, alternative Quellen für die Beurteilung der Sachlage heranzuziehen, zumal Kompetenzmangel des Gremiums diagnostiziert wird. Die vom LEB durchgeführte Befragung der Eltern erscheint nicht repräsentativ, die Forderungen unhaltbar; einigen ist die Erhebung nicht bekannt. Weil manche Fragebogen die Schulen nicht erreichten oder nicht weitergegeben wurden, mag Letzteres durchaus zutreffend sein:

„Weder unserem Elterneirat noch den Eltern unserer Schule ist eine umfassende Umfrage weitergeleitet worden oder bekannt.“ (Nr. 17)

„Ich habe von so einer Umfrage keinerlei Kenntnis. Daraufhin habe ich unsere Elternbeiratsvorsitzende gefragt, ob sie denn hierzu Informationen hat. Aber auch sie hat keinerlei Kenntnis über eine derartige Umfrage.“ (Nr. 02)

„Woher nehmen Sie sich das Recht raus, für uns Eltern zu sprechen? Wo ist ihre Umfrage, in der 100% Prozent der Eltern für eine Testpflicht oder eine Mskspflicht ist????“ (Nr. 44)

Unterstellt wird, der LEB publiziere seine Privatmeinung, die dessen eigene Angst widerspiegele und es erfolge der Aufruf, die Forderungen zurückzunehmen.

„Ich fordere Sie hiermit also auf, diese Aussage öffentlich zu widerrufen bzw. zumindest klar zu stellen, dass es sich hiermit um Ihre Privatmeinung und nicht die Meinung der Eltern im allgemeinen handelt. Solche Aussagen haben nämlich eine durchaus eine manipulative Wirkung.“ (Nr. 39)

Diese Einschätzungen finden Niederschlag auf der *Handlungsebene*, auf der sich allerdings lediglich 5 Prozent aller Vercodungen explizit manifestieren. Dem LEB wird das Vertrauen entzogen und juristische Konsequenzen werden in Aussicht gestellt.

„Konkret fordere ich zur sofortigen Niederlegung ihrer Ämter auf.“ (Nr. 43)

„Im Interesse ALLER Eltern wäre eine allgemein zugängliche, anonyme Umfrage zu den verschiedensten Themen nach Landkreisen hilfreich und auch die Benennung der entsprechenden Rechtsgrundlagen für IHRE Forderungen, um sich selbst nicht juristisch angreifbar zu machen. Im anderen Falle wären Sie nämlich alle persönlich haftbar, sollte es zu einer Strafanzeige wegen Nötigung oder dergleichen kommen.“ (Nr. 07)

Hinsichtlich der Kinder scheint ab und an die Handlungsabsicht auf, ihnen in häuslicher Umgebung Ruhe und Schutz zu gewähren sowie der Plan, den Beruf aufzugeben, um den Nachwuchs zu Hause betreuen zu können.

Resümierend ist zu konstatieren, dass sich die elektronischen Briefe der Mütter und Väter mit unterschiedlichen thematischen Feldern auseinandersetzen. Im Vordergrund stehen zwei Faktoren, die mit einander verknüpft sind – die Infragestellung und Abwehr der Hygieneverpflichtungen an den Schulen sowie die damit konnotierte psychische und körperliche Gesundheitsgefährdung vor allem der Kinder. Über 60 Prozent der ausgewerteten Worte und Sequenzen sind hier angesiedelt. Darauf wird mit zuweilen drastischen Worten und dramatischen Szenen hingewiesen. Doch zeugen die Ausführungen auch von dem ernsthaften Bemühen um sachliche Informationen, was sich in den Angaben zu Internet-Links und anderen Quellen manifestiert. Weitere 20 Prozent der Variablen beziehen sich auf den gesellschaftlichen Wertehorizont, der potenziell beschädigt erscheint, etwa das Wohl und die Freiheit der Kinder, das Recht auf Bildung bis hin zur Störung des demokratischen Systems. Dem Landeselternbeirat wird eine zu starke Nähe zur Politik vorgeworfen. Die von ihm bereitgestellten Informationen und Forderungen werden zuweilen als unseriös und unhaltbar zurückgewiesen, manchen ist die Befragung der Eltern unbekannt. Die ganz konkrete Handlungsebene indes wird weniger angesprochen, ihr gelten nur 5 Prozent der Stichworte.

5 Fallbezogene Typenbildung

Während die quantifizierende Auswertung die Schlüsselworte und Sätze, die die Absenderinnen und Absender geschrieben haben, analysiert, wird nunmehr die Perspektive gewechselt. Nicht mehr den Variablen gilt das Interesse, sondern der einzelnen Nachricht pro Person in Gänze und jeweils für sich genommen.¹¹ Extrahiert werden die Aufmerksamkeitsrichtung, der Argumentationsgang und die emotionale Grundierung jedes Textes; Paraphrasen dienen der Verdichtung des Materials und erlauben den Vergleich mit den anderen Fällen. Ziel ist es, ähnliche Muster zu entdecken und in Typen zu bündeln. Hierfür werden zwei Dimensionen konfiguriert, nämlich der Grad der negativen Emotionalität (es sein daran erinnert, dass alle Texte negativ getönt sind) und die Art der in der Zuschrift zitierten Sachhinweise. Dem unterlagen mehrere Arbeitsschritte, deren Ergebnis ein Vier-Felder-Schema ist.

Die *Resultate* erbringen ein eindeutiges Bild, wenn es um die Emotionalität geht (vgl. Tabelle 3). 34 Personen reichern ihre Stellungnahme mit starken negativen Gefühlen an. Vorwurf und Empörung, Wut und Aggression, bis hin zu Drohungen und Verzweiflung treten zutage. Dies geht zwar mehrheitlich mit dem Verzicht auf vertiefende Sach-

lichkeit einher (n 21), doch selbst das Bemühen um ausführliche Informationen (n 13), mildert die Affekte nicht.

Tabelle 3
Vier Konfigurationen von negativer Emotionalität und Sachhinweisen, auf der Basis der 50 Nachrichten. Fallbezogene Auswertung.^a

	Art der Sachhinweise		Summen
	keine oder sehr allgemeine	explizite	
<i>Grad der negativen Emotionalität</i>			
ausgeprägt	Typ 1 (n 21)	Typ 2 (n 13)	34
moderat	Typ 3 (n 9)	Typ 4 (n 7)	16
Summen	30	20	50

a: Die Emotionalität wird in den Verbalisierungen der Absenderinnen und Absender sichtbar und ist zudem implizit aus dem Text erschließbar. Sehr allgemeine Sachhinweise liegen dann vor, wenn die Aussagen sich auf vermeintlich allgemein bekannte, auch in den Medien verbreitete Wissensbestände beschränken, ohne dies zu vertiefen.

16 weitere Personen offenbaren eine mildere Gefühlslage; etwa die Hälfte von ihnen unterlegt dies nicht mit sachdienlichen Informationen. Insgesamt bilden jene Fälle die Mehrheit, die emotional reagieren und auf explizite inhaltliche Quellen verzichten (n 30); 21 von ihnen reagieren ausgeprägt, 9 eher moderat affektiv. Um weiterführende Sachlichkeit bemüht sind immerhin 20 Personen, wobei 13 dies mit einem ausgeprägten Grad von negativen Gefühlen verbinden. Offensichtlich treiben die Corona-Maßnahmen in den Schulen die in die vorliegende Studie einbezogenen Eltern stark um und veranlassen die meisten dazu, Einblick in ihren emotionalen Zustand zu gewähren.¹²

Die folgenden Darlegungen gehen auf die extrahierten vier Typen ein und dienen dazu, die Gedankenwelt der Mütter und Väter ausführlicher zu illustrieren. Ausgewählt und vorgestellt werden die Paraphrasen solcher Fälle, die den jeweiligen Typus repräsentieren. Zudem soll deutlich werden, dass jenseits der prinzipiellen Übereinstimmung innerhalb jeden Typs Raum für gewisse Abweichungen besteht.¹³

5.1 Typ 1: Ausgeprägte Emotionalität und kaum Sachhinweise

Dieser Typus umfasst die meisten Fälle (n 21) und zeichnet sich durch eine hohe mentale Erregung aus. Gemeinsam ist ihnen die kritische Beleuchtung der auf Hygiene abhebenden Pflichten und ihre gesundheitlichen Folgen für die Kinder einerseits und die Zurückhaltung bei den Sachhinweisen andererseits. Zudem wird der LEB in der Regel ins Visier genommen. Gewisse Variationen zwischen den Angehörigen dieses Typus ergeben sich daraus, dass ab und an weitere Instanzen in die Betrachtung ein-

bezogen sind, etwa die Politik, und zusätzliche thematische Facetten, wie beispielsweise der Datenschutz, hinzugefügt werden und dies in unterschiedlicher Konstellation miteinander verknüpft wird. So setzen sich einige Emails mit den Aktivitäten und Positionen des LEB auseinander und nehmen sie zum Ausgangspunkt von weiterführenden Mutmaßungen und eigenen Überlegungen.

Ein Extrembeispiel hierfür ist Nr. 43. Die aufgebrachte Schreiberin hat zuvor noch nie etwas vom Landeselternbeirat gehört. Dies hindert sie aber nicht daran, dessen Handeln als gegen die Kinder und Eltern gerichtet, und in erweiterter Perspektive als demokratieschädlich, angstgeleitet, nicht neutral zu kennzeichnen und den Rücktritt des Vorstandes zu fordern.

Nachricht Nr. 43 wurde von einer Mutter formuliert, Anzahl und Alter der Kinder sind nicht erkennbar: Der LEB, von dem sie noch nie gehört habe, *erzwingt* zusammen mit der Schulleitervertretung die Corona-Maßnahmen, ohne sich kritisch mit den Informationen zu Corona auseinandergesetzt und die *Neutralität* gewahrt zu haben. Er sei offenbar von der eigenen Angst geleitet, widerspreche aber dem *Willen* der *Eltern* und das sei skandalös. Das *Wohl* der Kinder werde ebenso hinten gestellt wie das Grundgesetz, der Datenschutz, die Gefahr der Stigmatisierung und Ausgrenzung. Dem LEB wird das Vertrauen entzogen, die Mitglieder des Vorstandes werden namentlich aufgefordert, ihr *Amt niederzulegen*. Die Formulierungen weisen auf *Entsetzen* und Wut hin.

Es melden sich aber auch in der Elternarbeit erfahrene Personen zu Wort. Sie sind vor Ort aktiv und vermutlich relativ gut informiert. Sie zeigen sich ebenfalls gegenüber dem LEB empört und wütend, sie weisen auf die gesundheitlichen Folgen der Vorschriften hin, zumal diese dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht entsprechen. Mehr oder weniger gefordert werden der Einsatz für das Kindeswohl und die Beachtung der Vorschriften der Arbeitsschutzes sowie die Distanz des LEB zur Politik. Eine Mutter reichert diese Positionen durch praktische Lösungen an, sie will die Öffnung aller relevanten Einrichtungen.

Nachricht Nr. 35 wurde von einer Mutter verfasst, die im Elternbeirat einer zweiten Klasse aktiv ist. Sie habe absolut kein Verständnis für die Positionen des LEB, die den Interessen der Politik folgten und die *Interessen* der *Eltern* nicht vertreten. Sie verweist auf die Besorgnis sehr vieler Mütter und Väter im Hinblick auf die körperlichen und seelischen Strapazen, die die Corona-Maßnahmen für die Kinder bedeuten. Mit Verweis auf Informationen aus dem Internet (aber ohne Angabe von Quellen) werden die Probleme ventiliert, die deutliche Zunahme von *Erkrankungen* der Kinder, die dem Arbeitsschutz widersprechenden Konsequenzen der Masken. Vehement verlangt wird die *Vollöffnung* aller Schulen und für die Kinder relevanten Einrichtungen. Denn Kinder sollen wieder *Kinder sein* dürfen. Der LEB wird aufgefordert, nicht der Politik zu huldigen, sondern sich der elterlichen Sorgen anzunehmen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu beachten. Der Brief drückt Empörung, *Wut* und Aggression aus.

Auch der Verfasserin des Briefes Nr. 30 geht es um praktisches Handeln. Sie teilt im Wesentlichen die Argumente von Nr. 35, schlägt aber darüber hinaus interessanter-

weise – und als Einzige von 50 Fällen – vor, dass jene Eltern, die sich vor Ansteckung fürchten, ihre Kinder zu Hause lassen, damit die anderen die Schule besuchen können.

Nachricht Nr. 30 stammt von einer Mutter von (offenkundig) mehreren Kindern. Sie spricht sich gegen die Masken- und Testpflicht aus. Ihrer Argumentation zufolge würden zwar viele Eltern die Maßnahmen ablehnen, sich aber aus Angst vor *Diskriminierung* ihrer Kinder durch andere (Kinder, Eltern, Lehrer) dem „Diktat der Regierung“ fügen. Sie fordert jene Eltern, die sich um eine Ansteckung sorgten auf, die Kinder zu Hause zu lassen, damit die anderen wie früher in die Schule gehen können. Moniert werden der fehlende *Datenschutz*, die psychische *Belastung* und Diskriminierung. Sie macht sich auf allen Ebenen Sorgen um die Gesundheit der Kinder, deren Zukunft sie auf dem Spiel stehend sieht. Die *emotionale* Tönung ist sorgen-, und vorwurfsvoll, ohne sachliche Belege.

Der folgende Brief teilt die Einschätzungen vieler, der in der vorliegenden Studie betrachteten Personen bezüglich der Probleme des Maskentragens, der Tests und Impfungen; als wichtige Instanz wird der LEB adressiert. Die Sorgen und Vorwürfe werden also geteilt. Die Nachricht hebt sich dennoch durch zwei Elemente von den anderen ab. Sie skizziert, wie eine seriöse, angemessene Befragung auszusehen habe und darauf bezogen wird eine juristische Stoßrichtung entfaltet, die eine Strafanzeige nicht ausschließt. Ansonsten tritt eine solche Auffassung in dieser Klarheit in den anderen Zusendungen nicht auf.

Nachricht Nr. 07 ist von einer Frau geschrieben worden, inwieweit sie Mutter eines Schulkindes ist, bleibt unklar. Der Text *distanziert* sich auf das Schärfste von den Positionen der LEB und verweist ganz allgemein auf die wissenschaftliche und juristische Befundlage zu den schädlichen psychischen und diskriminierenden *Folgen* von Maskentragen, Tests, Impfungen. Klarstellung von Seiten des LEB wird gefordert, der sich hoffentlich juristisch habe beraten lassen. Denn das Sprechen im Namen aller Eltern erfordere eine anonyme, nach Landkreisen differenzierte Erhebung bei allen Eltern. Das bisherige Vorgehen des LEB bedürfe einer *rechtlichen* Grundlage, die aber bislang nicht benannt wurde und die an alle Elternbeiräte des Bundeslandes bis zum 14.4. nachzureichen sei. Die persönliche Haftbarkeit im Falle einer Strafanzeige sei nicht auszuschließen. Die Schreiberin zeigt sich verwundert und *entsetzt*. Der Wortlaut ist scharf und aggressiv, im juristischen Jargon gehalten, nicht unterlegt von vertiefenden Sachhinweisen.

Nachricht Nr. 01 teilt das Szenarium der Gefährdung der Kinder, erweitert es aber geradezu übersteigert in zwei Richtungen und kann somit als anderer Extremfall innerhalb des Typs 1 eingestuft werden. Sie schildert schwere Krankheiten bis hin zum Tod in Folge des Pandemie-Managements und will erhebliche persönliche Konsequenzen für sich und ihren Nachwuchs ziehen, nämlich die Berufstätigkeit aufgeben und die damit einhergehende persönliche Armut ertragen, mit dem Ziel, die Betreuung zu Hause realisieren zu können. Keine andere Email bringt in vergleichbarer Weise eine solche Verzweiflung zum Ausdruck, die möglicherweise auch durch die schwierige persönliche Situation gespeist ist.

Nachricht Nr. 01 gibt die Gedanken einer alleinerziehenden Mutter eines autistischen Kindes sowie eines 9-jährigen Grundschulkindes wieder. Sie bezieht sich implizit auf die Osterforderungen des LEB und *adressiert* zuvorderst *Kinder* im allgemeinen, deren kör-

perliche, seelische und soziale *Gefährdung*, die mit den Hygienemaßnahmen und den Tests einhergehen. Pauschal verwiesen wird auf Zahlen, die die Wirkungslosigkeit der Maßnahmen belegen sollen. Als *Folgeerscheinungen* werden – unter allgemein gehaltenem Hinweis auf wissenschaftliche Befunde – Entzündungen, Verletzungen, Erkrankungen aller Art, Tumore bis hin zum Tod genannt. Dies ist arrondiert von schweren Schuldzuweisungen an den LEB sowie von Haftungsfragen. Dem LEB wird das Vertrauen entzogen. Die Ausführungen sind in hohem Maße durchwirkt und getragen von *Emotionen*: Entsetzen, Schlaflosigkeit, Verzweiflung, werden explizit benannt. Um die eigenen Kinder vor den Folgewirkungen des Mundschutzes und der Tests zu bewahren, will die Schreiberin ihren Beruf als Pflegerin kündigen, Armut in Kauf nehmen und die Kinder zu Hause selbst betreuen.

Die dem Typ 1 zugeordneten Emails zeichnen sich durch eine relativ große Variabilität aus. Die gewählte Tonlage changiert zwischen Wut und Verzweiflung. Diese Heterogenität erklärt sich auch daraus, dass hier die meisten der 50 Fälle verortet sind und damit die Wahrscheinlichkeit für verschiedene Haltungen größer ist als in den Vergleichsgruppen.

5.2 Typ 2: Ausgeprägte Emotionalität und Sachhinweise

Auch die in Typ 2 einsortierten 13 Emails lassen eine ausgeprägte negative Affektivität erkennen, aber gleichzeitig das Bemühen, die eigene Meinung mit ausführlichen Hinweisen in der Sache zu untermauern. Die Überlegungen eröffnen in der Regel einen weiten Horizont und kombinieren diverse thematische Bereiche, oftmals in Anhängen niedergelegt und zuweilen auf Breitenwirkung bedacht. Die folgende Nachricht ist ein Beispiel für ein besonders reichhaltiges Spektrum der Erwägungen. Neben den üblichen Verweisen auf die Unangemessenheit der Hygieneaktivitäten in Schule und Unterricht und die Gesundheitsbelastungen und -verletzungen der Kinder spannt sich der gedankliche Bogen von den Diskriminierungen gegen Juden im „Dritten Reich“ über die UN-Kinderrechtskonvention, das Recht auf Bildung und Wertevermittlung bis hin zum Amtsmissbrauch des LEB.

Nachricht Nr. 22: Die Mail stammt von Eltern mit drei schulpflichtigen Kindern, die sich in einem Anhang ausführlich zur Sache äußern. Sie bestehen grundsätzlich auf Präsenzunterricht, lehnen *Tests* entschieden als Körperverletzung und Nötigung ab und positionieren sich *juristisch*, unterlegt von mehreren einschlägigen, auch wissenschaftsbezogenen Links. Sie betonen das Recht der Kinder auf Bildung, soziale Teilhabe und Wertevermittlung und sehen das Elternrecht ausgehöhlt. Tests seien eine abzulehnende *Körperverletzung*, die zudem gegen die *Würde* der Kinder verstießen. Das Unterrichtsverbot für nicht Getestete wird als *Diskriminierung* eingestuft, die an die Vorgehensweisen des „Dritten Reichs“ gegen Juden erinnere. Es widerspreche der UN-Kinderrechtskonvention, die jegliche Form von Diskriminierung der Kinder ablehnt, und deren Wohl in das Zentrum rücke. Dem LEB wird vorgehalten, mit der *Umfrage* nicht die Meinung der Eltern erfasst zu haben, sondern die eigene politische Haltung wiederzugeben, deshalb könnte es sich um *Amtsmissbrauch* handeln. Das Schreiben ist geprägt von sachlichen, auch juristischen Erwägungen (neun Quellen), gepaart mit starkem Vorwurf, *Entsetzen* und Entzug des Vertrauens zum LEB.

Andere Absenderinnen und Absender legen ebenfalls den Schwerpunkt auf mehrere Adressaten und inhaltliche Bereiche, wählen aber eine etwas engere Perspektive. Wiederum stehen die Kinder und die Restriktionen in der Schule im Mittelpunkt, verbunden mit der Forderung nach Aufhebung der Einschränkungen. Die Vorwürfe richten sich an die Politik, die Medien und den LEB. Moniert werden die fehlende Validität der medizinischen Vorgehensweisen und das Ignorieren alternativer wissenschaftlicher Befunde.

Nachricht Nr. 19: Das Wort nimmt eine Heilpraktikerin auf dem Gebiet der Psychotherapie; vermutlich Mutter, Alter und Schultyp der Kinder sind nicht ersichtlich. Der Text startet mit expliziten *Forderungen* – Schulen ohne Corona-Maßnahmen, Unversehrtheit der Kinder und gesundheitliche Selbstverantwortung. Angeführt werden eine Gerichtsentcheidung sowie *wissenschaftliche* Studien, deren Rezeption dem Abbau der „Angsthaltung“ des LEB dienlich sein könne. Die *Politik* wird beschuldigt, kein Interesse an der Gesundheit der Bevölkerung zu haben, sie biete keine gute Grundlage für eine „freiheitliche, selbstbestimmte, angstfreie Zukunft“; die Propaganda in den Medien trage dazu bei und schade der *Meinungsfreiheit*. Umso mehr müsse der LEB das Wohl und die Seele des Kindes fokussieren. Doch sei fraglich, ob er sich in die Situation der Heranwachsenden hineinversetzen kann, in die soziale Isolation, die Probleme des Homeschooling, in die Bedeutung der Zwangsmaßnahmen in der Schule. Es wird gefordert, sich mit der Instabilität von Tests und vor allem mit „ausgegrenzten“ wissenschaftlichen Arbeiten auseinanderzusetzen. Die Schreiberin lässt eine hohe *Emotionalität* erkennen, Schuldzuweisungen an Dritte, Angst und Sorge um die Kinder dominieren; sachliche Hinweise fehlen nicht (fünf Quellen).

Weitere Äußerungen, die dem Typ 2 zugeordnet wurden, streben ebenfalls nach argumentativer Vielfalt. Davon hebt sich die nachfolgende Email ab – sie sucht die Pluralität, indem sie sich an fast alle Institutionen, die sich mit Kindern befassen richtet, und zugleich den Horizont auf die Mädchen und Jungen beschränkt, auf ihr Leiden, ihre Gefährdungen und Defizite. Dies wird verbunden mit Vorwürfen an den LEB und der Aufforderung an die adressierten Einrichtungen, die Pandemie-Vorschriften zu überdenken.

Nachricht 04: Die Mail ist von beiden Elternteilen unterzeichnet. Ihr angefügt ist ein dreiseitiger „Brandbrief im Namen unserer Kinder“, der an „alle“ Kultusminister, Schulbehörden, Gesundheitsämter und Gerichte und zur Kenntnisnahme an Kinderhilfswerke, Kinderschutzbund, Kinderärzte und Verbände, Lehrer- und Elternverbände adressiert ist. Dieser *Brandbrief* verweist, implizit Bezug nehmend auf die „Osterforderungen“ des LEB, vehement auf das körperliche, seelische und soziale Leiden der Kinder, die Bildungsdefizite und Einschränkungen im Freizeit- und Sportbereich. Angeführt werden Daten und *wissenschaftliche* Befunde, die die LEB-Positionen konterkarieren. Immer wieder wird eindringlich auf die *Verletzbarkeit* der *Kinder* durch die Restriktionen verwiesen. Kinderschutzorganisationen und das Ministerium werden aufgefordert, alle Maßnahmen zurückzunehmen. Ein Corona-Gipfel solle Nutzen und Risiko auf der Grundlage wissenschaftlicher Evidenz abwägen. Die Ausführungen sind *getragen* von tiefer Sorge und Empörung, auch Vorwürfen an den LEB, an die Institutionen und politisch Verantwortlichen. Zugleich ist das Bemühen um sachliche Argumentation sichtbar; acht Belege werden aufgeführt.

Die Angehörigen des Typs 2 bemühen sich besonders um Reichhaltigkeit ihrer Perspektiven, die sie auf die Folgen und Einschränkungen anlegen, die die Pandemiebe-

kämpfung mit sich bringt. Es ist ihnen wichtig, ihre negative Gefühlslage durch das Beibringen von sachlichen Hinweisen zu erläutern und zu erklären. Es wäre vorschnell, diese Hinweise als gänzlich unangebracht zu qualifizieren; sie verdienen der weiterführenden Betrachtung im Rahmen der diskursiven Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit.

5.3 Typ 3: Moderate Emotionalität und kaum Sachhinweise

Den in den beiden weiteren Typen versammelten Briefe gemeinsam ist eine moderate, wenngleich ebenfalls negativ getönte Gefühlslage, die in unterschiedlicher Weise mit sachdienlichen Hinweisen verbunden ist. Die dem Typ 3 zugeordneten Äußerungen (n 9) indizieren Verunsicherung und Besorgnis, verzichten auf schwere Vorwürfe, Wut oder Aggression und greifen nicht selten zu einer milderer Frageform. Die Nachricht Nr. 02 ist ein Beispiel hierfür. Anders als die Schreiberin Nr. 43 (Typ 1), die unumwunden einräumt, den LEB nicht zu kennen, bezieht sie diese Aussage auf die Umfrage des LEB und fragt nach Informationen hierzu.

Nachricht Nr. 02: Die Schreiberin ist das zweite Jahr Elternvertreterin einer Grundschulklasse. Sie nimmt die „Osterforderungen“ des LEB zum Ausgangspunkt, konzentriert sich aber auf die Umfrage. Sie führt an, keinerlei Kenntnis von der LEB-Befragung zu haben, auch gelte dieses Informationsdefizit für die Vorsitzende des Elternbeirats ihrer Schule sowie jene an anderen Schulen zu. Deshalb will sie die Vorgehensweise der Erhebung sowie die Möglichkeiten erfahren, an Informationen zu gelangen. Ihrer Ansicht nach weichen die Befunde ab von den Meinungen vieler *Eltern*, die sie kennt. Die Absenderin zeigt sich überrascht und *verunsichert*, verzichtet auf Sachbelege.

Im Gegensatz dazu, konzidiert der Schreiber des Briefes Nr. 11, dass wohl die meisten Eltern mit den Corona-Vorschriften einverstanden seien; eine Ansicht, die aus dem Pool aller Positionen in der Stichprobe auffällig heraussticht. Dies wird arrondiert von einem weiten Blick auf die gesellschaftlichen Implikationen, der Einschränkung von Freiheit und Sozialität bis hin zur Beschädigung des demokratischen Systems, das die Kinder unter dem Zwang zum Gehorsam nicht mehr von Unrechtsstaaten unterscheiden könnten. Eine solche Perspektive zeigt sich auch bei anderen Absenderinnen und Absendern (etwa Nr. 22, Typ 2), wird aber hier in einer freundlich-besorgten Haltung vorgetragen und durch ein beigefügtes, eigenes Gedicht mit Bildskizzen unterlegt.

Nachricht Nr. 11: Es schreibt ein Mann; unklar bleibt, ob er selbst Vater von schulpflichtigen Kindern ist. Der Nachricht beigefügt ist ein Gedicht zum Thema, das aber im Folgenden nicht ausgewertet wird. Der Schreiber nimmt an, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Reglementierungen in der Schule teilt. Er setzt ganz *allgemein* dagegen die Abschaffung des kulturellen und sozialen Lebens, der demokratischen Rechte und Freiheiten, das Recht auf Bildung und Freizeitgestaltung. Zwang werde ausgeübt, Gehorsam gefordert. *Kinder* lernten so die Verhältnisse in Unrechtsstaaten kennen, nicht aber das, was sie davon unterscheidet. Abschließend wird dafür plädiert, das Gesundheitssystem

zu stärken, denn dieses sei für die Bekämpfung von Krankheiten zuständig. Der *Ton* des Briefes ist freundlich-besorgt, ohne Anschuldigungen gegenüber dem LEB.

In zuweilen fragender und in fast freundlicher Grundhaltung äußern sich die Angehörigen von Typ 3. Doch vermag dies ihre kritische Einschätzung der auf die Pandemie bezogenen Vorgänge nicht zu überdecken, die allerdings nicht mit weiterführenden Sachquellen unterfüttert wird.

5.4 Typ 4: Moderate Emotionalität und Sachhinweise

Die unter Typ 4 subsumierten Emails (n 7) zeichnen sich durch eine gemäßigte Emotionalität aus, die allerdings eine unterschiedliche Intensität erkennen lässt und zwischen der Zustimmung zu einigen Einschränkungen im Schulbetrieb und deren Ablehnung oszilliert. Ihnen gemeinsam ist das Bemühen um Sachlichkeit. So bekundet Nachricht Nr. 16 ein gewisses Verständnis für die Restriktionen, findet sie aber inzwischen überzogen und die Demokratie gefährdend. Bezüglich der Gesundheit der Kinder wird auf wissenschaftliche Erkenntnisse verwiesen.

Nachricht 16: Die Absenderin ist Mutter; die Zahl der Kinder, deren Alter und der besuchte Schultyp sind nicht erkennbar. Zu Beginn betont sie, keine Corona-Leugnerin zu sein und einigen Maßnahmen zustimmend gegenüber zu stehen. Doch seien die auf die Schule bezogenen Reglementierungen absolut nicht mehr nachvollziehbar. Die Testpflicht empfindet sie als tiefen Einschnitt in die *Grundrechte*, der die Demokratie gefährde und dem die medizinische und politische Grundlage fehle. Beschrieben werden – die bei vielen *Eltern* auffindbare – Angst und Sorge um das Wohl, die Gesundheit und Psyche der Kinder. Verwiesen wird auf verschiedene *wissenschaftliche* Erkenntnisse; diese legten nahe, Corona aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Die Formulierungen sind getragen von sachlichen *Argumenten* (vier Links) wie von Angst und *Sorge*.

Einen etwas schärferen Ton schlägt der Brief Nr. 27 an. Das Ehepaar zweifelt an den Befunden der Umfrage des LEB und fordert eine repräsentative Erhebung. Es verweist auf anders lautende wissenschaftliche Erkenntnisse und schildert die Risiken für die Gesundheit der Kinder. Dies wird untermauert mit zahlreichen Quellen.

Nachricht Nr. 27: Der Verfasser ist Vater eines Grundschulkindes und spricht auch im Namen seiner Frau. Das Ehepaar zweifelt an der *Repräsentativität* der LEB-Umfrage und meint, sie spiegele allenfalls die Angst der Befragten wider. Die ihnen bekannten Eltern teilten das Meinungsbild der Erhebung nicht. Unter Heranziehung des *wissenschaftlichen* Erkenntnisstandes werden die geringen Gefahren der Übertragbarkeit des Virus, die Problematik von Tests und Masken dargelegt. Gerade Grundschulkindern seien erhöhten Risiken ausgesetzt in Bezug auf die körperliche und soziale *Gesundheit*. Abschließend wird die Aufklärung der Eltern und eine repräsentative Befragung gefordert. Die *Tonlage* ist eher sachlich (dreizehn Quellen), an einigen Stellen empört.

Typ 4 entfaltet ein Potpourri von Eindrücken und Schilderungen. Das Bemühen um eine Reduzierung der affektiven Tönung durch ausführliche Hinweise auf den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse ist beeindruckend. Ob diese aber einer seriösen

Überprüfung Stand halten würden, muss hier neuerlich offen bleiben, verdient aber der vertiefenden Bewertung. Die Meinungsbilder sind relativ homogen, was auch der kleinen Teilstichprobe geschuldet ist.

Die Typenbildung *bilanzierend* ist zu festzuhalten: Gemeinsam ist ihnen die Thematisierung der Nachteile von Maskentragen, Tests und Impfungen in Schule und Unterricht sowie der gesundheitlichen Folgen für die Kinder; zudem sind die Stellungnahmen allesamt durchwirkt von negativen Gefühlsäußerungen. Dennoch unterscheiden sie sich zum einen im Grad der emotionalen Betroffenheit und zum anderen im Ausmaß, in dem sie sich sachlich mit den Belangen auseinandersetzen und ihre Argumentation mit Quellen unterstützen. Und nicht zuletzt sind innerhalb der Typen über die von (fast) allen geteilten Aufmerksamkeitsrichtungen auf Hygienevorschriften und Sorgen um die Mädchen und Jungen differente Foki zu konstatieren, die zuweilen bis hin zum Versagen der politischen Verantwortlichen und dem antizipierten Schaden für das demokratische System reichen. Die Kritik richtet sich mit unterschiedlicher Intensität auch auf den Landeselternbeirat Baden-Württembergs.

6 Zusammenfassung und Resümee

Ausgangspunkt der hier vorgelegten Abhandlung ist die Tatsache, dass Seuchen eine Gesellschaft in hohem Maße herausfordern. Wie schon in historischen Zeiten (vgl. im Überblick Dippelhofer-Stiem 2008) sind sie aktuell begleitet von Diskursen und Streit darüber, was ihre Ursachen sind und mit welchen Maßnahmen ihnen zu begegnen ist. Auch im kurzen Zeitvergleich zwischen dem Auftreten von Corona und der heutigen Lage sind diese Kontroversen zwischen und innerhalb der Verlautbarungen und Einschätzungen von behördlich Zuständigen und den Experten aus der Wissenschaft, zwischen Öffentlichkeit und Politik zu beobachten, wobei die Medien eine bedeutsame Rolle spielen. Zugleich schwanken die Analysen, Positionen und Maßnahmen in Abhängigkeit vom pandemischen Verlauf. So treten Phasen einer gewissen Entspannung im Geschehen auf, die es erlauben, die Einschränkungen im Leben der Bevölkerung abzumildern. Dies gilt Insonderheit für Kinder und Jugendliche, die lange am Rande der Aufmerksamkeit standen, obgleich sie in Schule und Freizeit besonderen Restriktionen ausgesetzt waren – und sind. Weil Sars-Cov-2 keineswegs besiegt ist, werden auch die Bildungseinrichtungen immer wieder dazu herausgefordert sein, Freiheiten zu minimieren, Verbote und Hygieneregeln zu realisieren, was wiederum neue Auseinandersetzungen mit sich bringen wird. Doch selbst wenn es gelänge, dieses Virus auszu-

rotten, werden auch in Zukunft ansteckende Infektionen die Menschheit begleiten – epidemiologische und virologische Erkenntnisse ordnen dies als wahrscheinlich ein und warnen davor.

Allein deshalb sind Studien der vorliegenden Art vonnöten, seien sie quantitativer Art, wie die Surveys, die eher die Oberfläche und das Muster und Zueinander von Variablen ergründen oder seien sie fallanalytisch vorgehend, die Tiefenstrukturen der Meinungsbilder explorierend. Sie erkunden gleichsam begleitend das Stimmungsbild, die Einschätzungen und Vorschläge der Bevölkerung oder deren spezieller Teile. Denn deren Haltung ist ein Gradmesser für die Akzeptanz jener Vorschriften und Regelungen, die die politisch Verantwortlichen erlassen. Das Niveau der Zustimmung ist allerdings kein stabiler Parameter. Es schwankt in Abhängigkeit von der Entwicklung der Seuche und der Wirksamkeit der Einschränkungen, und sie variiert je nach sozialer Gruppe. Wie den Forschungen und deren Spiegelung in Medienberichten zu entnehmen ist, spricht sich entgegen früherer Stellungnahmen, die Mehrheit der Befragten in Deutschland mittlerweile dafür aus, die Maskenpflicht im Unterricht abzuschaffen, Lehrerverbände sowie medizinische Fachgesellschaften hingegen warnen davor (vgl. beispielsweise DeutschlandTrend der ARD 2021). Die vom LEB (2021b) vormals befragten Eltern plädierten ebenfalls für das Tragen der Maske im Unterricht; wie ihr Urteil nunmehr ausfallen würde, bleibt zu explorieren.

Einen solchen Wandel sowie das Auf und Ab in den Sichtweisen und Bewertungen kann die hier vorgelegte Untersuchung nicht abbilden. Sie ist eine *Momentaufnahme*, retrospektiv angelegt und ihr originäres Material ist – wie bei Inhaltsanalysen zumeist üblich – nicht durch vorab systematisch geschlossene Kategorien im Fragebogen entstanden. Vor allem aber sind die hier präsentierten empirischen Ergebnisse in mehrfacher Hinsicht nicht aussagekräftig für alle Vorstellungen und Orientierungen, die Mütter und Väter insgesamt im Bundesland in Bezug auf die Restriktionen in Schule und Unterricht ersinnen und formulieren; dies sei nochmals ausdrücklich betont. Vielmehr beruhen die Ergebnisse auf einer selektiven Stichprobe, gewonnen aus den elektronischen Zuschriften, die innerhalb eines kurzen Zeitraums im Frühjahr 2021 an den Landeselternbeirat Baden-Württembergs ergingen. Von diesen wiederum wurden alle 50 Fälle ausgewertet, die eine bestimmte Person, die dem Beirat angehört, erreichten. Die Emails zeugen allesamt von einer kritischen Haltung. Eltern mit einer zustimmenden oder neutralen Sicht haben sich möglicherweise nicht geäußert; einigen dürfte die Institution des LEB nicht bekannt sein, wieder andere scheuen vielleicht die Mühe einer schriftlichen Meldung oder sie stehen den Pandemie-Vorschriften gleichgültig bis zustimmend gegenüber.

Bei der Einordnung der empirischen Befunde ist diese *Selektivität* mit zu bedenken, sie mindert aber den Wert der Daten nicht. Diese geben vielmehr einen facettenreichen Einblick in die Konzeptionen einer besonderen Gruppe, nämlich derer, die negativ getönte Gefühle hegen, den Verordnungen kritisch gegenüber stehen und sich artikulieren können. Weil sie ein qualitativ breites Spektrum an Überlegungen und Argumenten ausschöpfen, ist anzunehmen, dass sie stellvertretend für jene stehen, die sich ebenfalls gegen die Eingriffe in den Bildungseinrichtungen stemmen. Zahlenmäßig gehören sie einer Minderheit an, wie der Vergleich mit Surveys (vgl. im Überblick Fickermann/Edelstein 2021a; 2021b) und anderen Umfragen nahelegt. Dort hatten sich, im Gegensatz zu dem hier behandelten Sample, die meisten Befragten für eine Maskenpflicht im Unterricht ausgesprochen. Allerdings stimmt mittlerweile die bundesweite Elternschaft diesbezüglich anders ab – nur noch gut ein Viertel favorisiert diese Regelung; regelmäßige Corona-Tests hingegen unterstützen momentan fast drei Viertel (vgl. DeutschlandTrend der ARD 2021).

Die *inhaltsanalytische* Auswertung des Materials, dem die schriftlich fixierten Aussagen von 50 Eltern zugrundeliegen, geschah auf zwei Ebenen: Zum einen richtete sich das *quantitativ* ausgerichtete Interesse auf die adressierten Instanzen sowie auf die inhaltlichen Themen und Bereiche; anhand von Sequenzen, Schlüsselworten und -begriffen wurden sie in Variablen überführt und ausgezählt. Jeweils 1.057 verknüpfte Nennungen waren auffindbar. Zum zweiten sondiert die *qualitative* Perspektive, zunächst jeden Fall einzeln betrachtend, nach voneinander abgrenzbaren Arten der inhaltlichen und affektiven Figurationen. Anhand dem Zueinander von emotionaler Tönung und Sachlichkeit konnten 4 Typen extrahiert werden.

Die empirisch ermittelten *Resultate* lassen zuvorderst die Kinder als Adressaten der Eltern erkennen, jede zweite Zuschrift stellt sie in den Mittelpunkt. Dies ist verknüpft mit zwei dominanten Inhalten, die in diverser Stärke von emotionalen Bekundungen begleitet sind.

- Die kritischen Ansinnen der Eltern, die sich zu Wort gemeldet haben, kreisen um Masken, Tests und Impfungen der Schulkinder sowie um die damit einhergehenden potenziellen gesundheitlichen Gefährdungen. Nahezu zwei Drittel der ausgezählten Variablen konnten hier zugeordnet werden, und sie sind auch innerhalb der Typen präsent. Jede fünfte Sequenz ventiliert zudem die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Maßnahmen, ähnlich viele nehmen den LEB ins Visier, der ab und an mit einem politischen Entscheidungsträger verwechselt wird.

Alle Emails sind unterlegt von einer negativen Gefühlslage, die von Angst und Empörung bis hin zu Aggressivität reicht. Doch ist vor allem innerhalb des dominierenden Typs 1, in dem sachliche Hinweise weitgehend fehlen und dem 21 Eltern angehören, eine auffallende Variabilität der Affekte festzustellen, auch sind Informationsdefizite hinsichtlich der einzelnen Maßnahmen und ihren Folgen, aber auch in Bezug auf die Aufgaben der Landeselternvertretung augenscheinlich. Vergleichsweise moderater verhalten sich die in Typ 3 subsumierten 9 Personen. Ihre Wortmeldungen klingen affektiv zurückhaltender, sie verzichten aber ebenfalls auf sachliche Hinweise.

Doch wäre es nicht angemessen, allein die Gefühlslage dieser Eltern in das Zentrum zu stellen. Vielmehr zeugt ein Teil der Dokumente von einer intensiven Auseinandersetzung mit der Problematik, und zwar auch dann, wenn große Emotionen im Spiel sind.

- 20 Absenderinnen und Absender, darunter 13, die eine turbulente Gefühlswelt offenbaren, verbinden ihre Einschätzungen mit zum Teil umfassenden Sachhinweisen, die sie verbalisieren und interpretieren sowie als Quelle und Internet-Links beifügen. Sie gehören den Typen 2 und 4 an.

Sie zeichnen sich durch eine beachtliche Sammlung von Gesichtspunkten aus, wenn es um die Konsequenzen der Pandemiebekämpfung geht. Dabei kommt es ihnen darauf an, ihre Affekte durch Verweise auf den Stand der Erkenntnisse zu erläutern, unabhängig davon, wie seriös die Quellen in der Außensicht einzuschätzen sind. Typ 4 entfaltet ebenfalls einen weiten Kranz von Eindrücken und Schilderungen, fundiert von inhaltlichen Referenzen, aber getragen von einer reduzierten Emotionalität. Hier sind die Meinungsbilder relativ homogen, was auch der kleinen Teilstichprobe (n 7) geschuldet ist.

Insgesamt gesehen geben die hier analysierten Zuschriften an den Landeselternbeirat Baden-Württembergs die Haltungen einer Minderheit wieder. Vermutlich werden viele der Zuschriften nicht auf große Zustimmung im politischen Raum, bei Behörden und Einrichtungen wie dem LEB, stoßen. Und zweifelsohne wäre die institutionalisierte Elternvertretung überfordert, wollte sie allen der an sie herangetragenen Vorstellungen gerecht werden. Und doch wäre es falsch, diese Personen vorschnell als Querdenker oder Corona-Leugner zu kategorisieren, auch wenn einige diesem Gedankengut nahe stehen dürften. Aber es ist nicht auszuschließen, dass sich – parallel zur ungünstigen Entwicklung der Pandemie-Lage – die Quote der Ablehnung und Skepsis in der Bevölkerung erhöht und sich zunehmend mehr Menschen gegen Restriktionen aussprechen.

Und umgekehrt könnte die Rückkehr zum Präsenzunterricht, die sich derzeit in Baden-Württemberg abzeichnet, die kritischen Einschätzungen ebenso minimieren wie der Erfolg der Impfkampagne bei den Jungen.

Für die Arbeit des LEB sollte es darum gehen, Überlappungen zu finden zwischen den Meinungsbildern der Mehrheit und jenen der Minderheit, diese in der Öffentlichkeit zu kommunizieren und anhand neuer Zahlen zu aktualisieren: Die vorgetragenen Hinweise und Überlegungen sowie die emotionale Befindlichkeit der Kritikerinnen und Kritiker verdienen es dann, von der Bildungspolitik und den mit ihr befassten Institutionen beachtet und in die Diskussionen aufgenommen zu werden, wenn sie mit der bundesweiten Elternschaft übereinstimmen bzw. nur in geringerem Maß abweichen. Dies gilt gegenwärtig bezüglich der Sorge um das Wohl und die Gesundheit der Kinder, hinsichtlich der nicht kindgerechten Masken sowie der mit dem Testen im Klassenraum möglichen Stigmatisierung von Erkrankten und ihre eventuelle Einordnung als „Virenschleuder“, die Andere bedroht. Insofern aber die Positionen und Argumente einer kritischen, durch seriöse wissenschaftliche Befunde validierten Überprüfung nicht standhalten, und sich zudem durch hohe Aggressivität auszeichnen, sind alle verantwortlichen Instanzen aufgerufen, klar und nüchtern zu widersprechen, so wie dies auch der Landeselternbeirat von Baden-Württemberg getan hat. Diese Aktivitäten sollten in der Absicht geschehen, Uninformierte und Ängstliche zu erreichen und im Wissen darum, dass der „harte Kern“ von Pandemie-Leugnern nicht zuhören wird.

Die Auseinandersetzungen um den richtigen Weg in der Bekämpfung der ansteckenden Krankheit werden auch fürderhin die Öffentlichkeit bis hinein in die Bildungseinrichtungen und die Familien beschäftigen, gerade weil sie Grundsatzfragen des Daseins der nachwachsenden Generation berühren. Die alltäglichen Erfahrungen und Verhaltensvorschriften sind Bestandteil ihrer Sozialisationsumwelt geworden, sie finden Niederschlag in der seelischen Entwicklung und dem Verhalten der Kinder und Jugendlichen. Noch ist kaum abschätzbar, welche Konsequenzen daraus für den Lebensweg der Betroffenen erwachsen, inwieweit und bei welchen Teilgruppen gravierende Beeinträchtigungen auftreten und welche positiven Strategien der Bewältigung bestehen. Vonnöten sind forschersche Erkundungen, die einen Bogen schlagen von der gegenwärtigen Situation der Heranwachsenden bis hin zur Zeit nach der Seuche. Erst sie erlauben, die pandemischen Nachwirkungen für die Betroffenen abzuschätzen und vorsorglich Folgerungen für kommende Seuchen zu ziehen.

Anmerkungen

- 1 Solche Bestandsaufnahmen können nur die momentane, durchaus volatile Situation abbilden. Sie sind dennoch verdienstvoll und hilfreich und setzen gleichsam die Basis für weitere Forschungen.
- 2 Inzwischen hat sich die Zahl der Untersuchungen nochmals erhöht. Deshalb muss der hier vorgenommene Blick in die Forschungslandschaft unvollständig bleiben. Er zielt darauf, einen kursorischen Einblick in den Kranz der wichtigsten Fragestellungen und empirischen Ergebnisse in den Jahren 2020 und 2021 zu vermitteln. Der Fragestellung der vorliegenden Auswertung entsprechend, stehen Studien über Familien und Eltern und deren Auskünfte im Zentrum.
- 3 Der LEB ist ein Gremium von Elternvertretungen mit beratender Funktion, das sich zu den grundlegenden Fragen von Schule und Unterricht gegenüber dem Kultusministerium äußert und seine Tätigkeit auch in der Öffentlichkeit präsentiert. Es handelt sich nicht um eine wissenschaftliche Einrichtung. Die Befragung wurde sozusagen mit Bordmitteln in Eigeninitiative durchgeführt. Dies macht es verständlich und nachvollziehbar, dass die methodische Vorgehensweise nicht gänzlich den strengen Standards der empirischen Sozialforschung genügen kann.
- 4 Die elektronischen Nachrichten schickten die Eltern an einzelne Mitglieder des LEB. Wie viele es insgesamt waren, lässt sich nicht mehr ermitteln. Doch ist anzunehmen, dass die hier ausgewählte Stichprobe im Wesentlichen das Meinungsspektrum aller Kritikerinnen und Kritiker wiedergibt. Der ausdrückliche Dank gilt dem LEB für die Bereitstellung des empirischen Materials.
- 5 In der Methodenliteratur ist das Konzept der Repräsentativität umstritten, und es wird unterschiedlich verwendet. Im Grunde geht es um den Schluss von der Verteilung aller Merkmale im Sample auf die der Grundgesamtheit (vgl. Schnell/Hill/Esser 1999). Da aber ein Teil dieser Merkmale nicht bekannt und deren Ergründung Gegenstand des Forschungsprozesses selbst ist, ist dieses Paradigma schwerlich einzulösen. In der empirischen Sozialforschung wird deshalb zumeist mit mehrstufigen Modellen zur Bestimmung der Stichprobe gearbeitet, wobei anhand von soziodemografischen Variablen die Übereinstimmung von Stichprobe und Grundgesamtheit geprüft wird. Die notwendige Konkordanz kann auch bei kleinen Samples gegeben sein und umgekehrt kann eine hohe Zahl von Untersuchungseinheiten den (prüfbar) Gegebenheiten in der Grundgesamtheit zuwiderlaufen und ein realitätsfernes Bild produzieren.
- 6 Die am häufigsten eingesetzte Technik ist die Befragung; die Beobachtung sowie die Inhaltsanalyse werden seltener herangezogen. Dies gründet nicht zuletzt in den methodischen Schwierigkeiten (vgl. beispielsweise Schnell/Hill/Esser 1999; Kromrey/Roose/Strübing 2016).
- 7 Die Entscheidung, welche Teile einer Nachricht in Variablen überführt werden und in die Auszählung eingehen, ist nicht unproblematisch. In einigen Fällen sind die Stichworte klar erkenn- und abgrenzbar, in anderen aber gehen sie ineinander über, werden zu neuen Sätzen zusammengefügt und verschieben den Sinngehalt der Aussagen. Insofern bedarf auch der quantifizierende Ansatz der Inhaltsanalyse interpretativer Arbeit, die ihrerseits diskussionswürdig sein kann. Dies gilt ebenfalls für die Typenbildung. Die Abgrenzung zwischen den Typen kann schwerlich völlig trennscharf sein.

- 8 Auch bei diesen Zuordnungen gibt es Überschneidungen vor allem zwischen den Graden der emotionalen Tönung. Die Kategorisierung erfolgte nach dem dominanten Muster, das in den Aussagen erkennbar ist.
- 9 Die Auswahl der Zitate geschah danach, wie sie die jeweilige Kategorie bzw. Variable repräsentieren und bildhaft skizzieren. Zudem wurde versucht, Ausschnitte aus möglichst vielen Zuschriften zu veröffentlichen.
- 10 In der vorliegenden Untersuchung wurden die von den Absenderinnen und Absendern genannten Links und Quellenangaben nicht auf ihre Seriosität, Qualität und Angemessenheit überprüft. Jede Nennung wird gleichwertig behandelt und als Variable ausgezählt.
- 11 Methodisch gesprochen richtet sich die quantitative Analyse auf die Spalten der Datenmatrix, die qualitative auf die Zeilen.
- 12 Abweichend von der Tabelle wird im Text die Bezeichnung der Typen 1 und 3 verkürzt benannt.
- 13 Herangezogen werden die Paraphrasen, die auf der Grundlage des Materials entwickelt wurden. Die Zahl der im Text dargestellten Fälle pro Typ entspricht im Wesentlichen ihrem Anteil an der gesamten Typisierung. Ausgewählt wurden zuvor derst solche, die in der quantitativen Auswertung zuvor nicht zitiert wurden. Die kursiven Hervorhebungen sind post hoc von den Forschenden eingefügt und sollen der schnelleren Orientierung dienen.

Literatur

- Alberth, L./Marke, V. (2021): Stimme der Kinder oder Stimmung in der Familie? Ein kindheitssoziologischer Blick auf Kinder in der „Corona-Forschung“. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 41, 2, S. 228-233.
- Andresen, S./Lips, A./Möller, R./Rusack, T./Schröer, W./Thomas, S./Wilmes, J. (2020): Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo. Hildesheim: Universitätsverlag.
- Bergdolt, K. (1994): Der Schwarze Tod in Europa. Die Große Pest und das Ende des Mittelalters. München: Beck.
- DeutschlandTrend der ARD (2021): Sorge vor einem Corona-Herbst. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2683.html>; Stand: 04.08.2021.
- Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis (2020): Beiheft 16.
- Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis (2021): Beiheft 17.
- Dippelhofer-Stiem, B. (2008): Gesundheitssozialisation. Theoretische und empirische Analysen zur Genese des subjektiven Gesundheitsbildes. Weinheim: Juventa.
- Dohmen, D./Hurrelmann, K. (2021): Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden. Weinheim: BeltzJuventa.
- Evans, R. (1996): Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830-1910. Reinbek: Rowohlt.
- Fickermann, D./Edelstein, B. (2021a): Schule während der Corona-Pandemie. Neue Ergebnisse und Überblick über ein dynamisches Forschungsfeld. Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis. Beiheft 17, S. 7-30.
- Fickermann, D./Edelstein, B. (2021b): Schule und Corona. Ein Überblick über Forschungsaktivitäten an Hand von Projektsteckbriefen. Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis. Beiheft 17, S. 103-212.
- Fickermann, D./Volkholz, B./Edelstein, B. (2021): Bibliographie zum Thema „Schule und Corona. Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis. Beiheft 17, S. 213-233.
- Heller, S./Zügel, O. (2020): „Schule zu Hause“ in Deutschland. Bestandsaufnahme im Corona-Lockdown aus Perspektive der Schüler/-innen und Eltern. Im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung. Zürich: Accelorom AG.
- Helm, C./Huber, S./Loisinger, T. (2021): Was wissen wir über schulische Lehr-Lern-Prozesse im Distanzunterricht während der Corona-Pandemie? – Evidenz aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 24, S. 237-311.
- Hochgürtel, T./Sommer, B. (2021): Lebensformen in der Bevölkerung und Kinder. In: Statistisches Bundesamt (Destatis). Datenreport. Wiesbaden.
- Hoffmann, N. (2018): Dokumentenanalyse in der Bildungs- und Sozialforschung. Überblick und Einführung. Weinheim: BeltzJuventa.
- Hurrelmann, K./Dohmen, D. (2020): Die Krise schwächt die Schwachen. Warum die Corona Pandemie die Bildungsungleichheit verstärkt. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 40, 3, S. 313-320.
- IfD (Institut für Demoskopie) (2021): Ein Jahr Corona-Pandemie. Wie geht es Familien in der Krise? Zusammenfassung von Kernergebnisse mit Schaubildern zu einer repräsentativen Elternbefragung im Februar 2021. Allensbach.
- Knauf, H. (2020): Corona-Familien am Limit. Konrad-Adenauer-Stiftung. Informationen und Recherchen. Sankt Augustin.
- Kromrey, H. /Roose, J./Strübing, J. (2016): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung mit Annotationen aus qualitative-interpretative Perspektive. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- LEB (Landeselternbeirat Baden-Württemberg) (2020): Corona Bestandsaufnahme Schule-BW. Zwischenauswertung der Befragung des Landeselternbeirats. Online verfügbar unter: <https://leb-bw.de/infos-downloads/info/649-corona-bestandsaufnahme-schule-bwumfrage-des-land-eselternbeirates/file>; Stand: 03.09.2021.
- LEB (Landeselternbeirat Baden-Württemberg) (2021a): Spielball der Politik. Eltern sind gegen Präsenz ganzer Klassen angesichts der herrschenden Pandemiebedingungen. Pressemittei-

- lung. Online verfügbar unter: <https://leb-bw.de/infos-downloads/info/675-pm-10-03-2021-schul%C3%B6ffnungen-unter-pandemiebedingungen/file>; Stand: 03.09.2021.
- LEB (Landeselternbeirat Baden-Württemberg) (2021b): Schule im Blickpunkt. Das Bildungsmagazin des Landeselternbeirats. Online verfügbar unter: <https://leb-bw.de/infos-downloads/schule-im-blickpunkt/sib,-schuljahr-2020-21,-nr-4,-april-2021>; Stand: 04.09.2021.
- LEB (Landeselternbeirat Baden-Württemberg) (2021c): Kurz und bündig: Osterforderungen des Landeselternbeirats. Pressemitteilung.
- Lippert, K./Anton, J./Schacht, D./Kuger, S. (2020): Eltern müssen flexibel sein. DJI Impulse, 2, S. 29-33.
- Schnell, R./Hill, P./Esser, E. (1999): Methoden der empirischen Sozialforschung. München: Oldenbourg.
- Schreiber, N. (1999): Wie mache ich Inhaltsanalysen? Vom Untersuchungsplan zum Ergebnisbericht. Frankfurt/M.: Fischer.
- Vodafone Stiftung Deutschland (2020): Unter Druck. Die Situation von Eltern und Ihren schulpflichtigen Kindern während der Schulschließungen. Eine Befragung von Infratest dimap im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Düsseldorf.
- Wildemann, A./Hosenfeld, I. (2020): Bundesweite Elternbefragung zu Homeschooling während der Covid 19-Pandemie. Erkenntnisse zur Umsetzung des Homeschoolings in Deutschland. Landau: Zentrum für Empirische Pädagogische Forschung.
- Zinn, S./Bayer, M. (2021): Subjektive Belastung der Eltern durch die Beschulung ihrer Kinder zu Hause zu Zeiten des Corona-bedingten Lockdowns im Frühjahr 2020. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 24, S. 339-365.

Gießener Beiträge zur Bildungsforschung

Bisher erschienen:

- Heft 1 Sebastian Dippelhofer: Students' Political and Democratic Orientations in a Long Term View. Empirical Findings from a Cross-Sectional German Survey
- Heft 2 Sebastian Dippelhofer: Politische Orientierungen und hochschulpolitische Partizipation von Studierenden. Empirische Analysen auf Grundlage des Konstanzer Studierendensurveys
- Heft 3 Nina Preis/Frauke Niebl/Ludwig Stecher: Das Schülerbetriebspraktikum – Pädagogische Notwendigkeit oder überflüssige Maßnahme?
- Heft 4 Stephan Kielblock: Forschungsfeld „Lehrkräfte an Ganztagschulen“. Eine Übersicht aus Perspektive der Bildungsforschung
- Heft 5 Sebastian Dippelhofer: Studierende und ihre Sicht auf Lehre Eine empirische Analyse am Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Gießen
- Heft 6 Bianka Kaufmann/Amina Fraij: Studienqualität vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses. Ein Vergleich der Studienqualität zwischen Diplom-, Bachelor- und Masterstudierenden der erziehungswissenschaftlichen Studiengänge an der Universität Gießen. Eine querschnittliche Analyse
- Heft 7 Maike Buck: Ethnographische Analyse zum finnischen Bildungssystem
- Heft 8 Sebastian Dippelhofer: Die Bewertung von SGB-II-Maßnahmen in Gießen. Empirische Befunde aus einer standardisierten schriftlichen Befragung
- Heft 9 Sebastian Dippelhofer: Das Bibliothekssystem der Universität Gießen – Erwartungen und Wünsche ihrer Besucher/innen. Eine quantitativ-empirische Bestandsaufnahme
- Heft 10 Nadine Maihack: Blended Learning in der Weiterbildung. Explorative Analyse praxisorientierter Handlungsoptionen am Beispiel der Lahn-Dill-Akademie
- Heft 11 Elena Leussidis: Aufgaben und Veränderungsbedarf des weiteren pädagogisch tätigen Personals an Ganztagschulen. Eine Analyse anhand des empirischen Materials der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG)
- Heft 12 Stephan Kielblock/Amina Fraij: How to Come Through University Well? A new look at university student strategies using mixed methods approach
- Heft 13 Christina Sauer: Chancen und Herausforderungen des Einsatzes bilingualen Sachfachunterrichts an beruflichen Schulen in Hessen
- Heft 14 Maximilian Dommermuth: Schulleitungstheorien im Wandel
- Heft 15 Heike Dierckx/Regina Soremski: Bildung braucht Gelegenheit. Eine historisch-vergleichende Perspektive auf Bildungsaufstiege
- Heft 16 Irina Ginsburg: Rechtsextremistische Einstellungen im Wandel? Eine Untersuchung von Studien seit den 1980er Jahren
- Heft 17 Frank Waldschmidt-Dietz/Christian Krippes: Forschungsdaten an der JLU Gießen: Auswertung einer Umfrage aus dem Juli 2016
- Heft 18 Timna Bucher: Kindererzählungen zur Flucht – Wenn der Krieg ins Klassenzimmer kommt
- Heft 19 Muhammet Bektas: Interkultureller Austausch in der Schule
- Heft 20 Nina Preis/Lukas Winkler: Ganztagschulen als Kontexte forschenden Lernens: Erste Ergebnisse aus der Gießener Offensive Lehrerbildung (GOL)
- Heft 21 Sebastian Dippelhofer: Politisch-demokratische Bildung als Aufgabe und Herausforderung für Hochschule und Lehrerschaft. Theoretische und empirische Analysen. Rahmende Erörterungen zur kumulativen Habilitationsleistung
- Heft 22 Carl Eberhard Kraatz: Genderreflexive Jungenarbeit. Eine kritische Sichtung des jugenpädagogischen Feldes
- Heft 23 Mahya Golzarnia: Irans Bevölkerung zwischen Sakralem und Profanem
- Heft 24 Salome Flemmer: Instagram als sozialer Prozess
- Heft 25 Daniel Huber: Der Große Basar von Teheran. Eine ethnographische Studie
- Heft 26 Bianka Kaufmann/Ilka Benner: Wie kommt der Köder zum Fisch? Ergebnisse einer regionalen Bedarfsanalyse zur Lehrkräftefortbildung

